

Das Parlament

Berlin, 13. April 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 16-17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

**Vor Angriffen
nicht gefeit**

Amir Ohana Mit 46 Jahren an die Spitze eines Parlamentes gewählt zu werden, ist außergewöhnlich früh. Amir Ohana hat dies geschafft und hatte bei seiner Wahl 2022 bereits Erfahrungen als Justizminister und als Minister für öffentliche Sicherheit vorzuweisen. Der Parlamentspräsident, der diese Woche in Berlin weilte (siehe Seite 12), gilt als enger Vertrauter von Regierungschef Netanjahu, der bekanntlich eine Koalition mit Ultraorthodoxen anführt, die beispielsweise gegen Homosexualität agitieren. Das macht Ohanas Wahl nochmal besonders, er lebt mit seinem Mann zusammen und hat daraus nie ein Geheimnis gemacht. Das brachte ihm einige Male politische Angriffe ein. Sogar bei seiner Antrittsrede wendeten sich einige Abgeordnete demonstrativ von ihm ab. Das passt so gar nicht zum Anspruch Israels als liberale Demokratie. czll



ZAHL DER WOCHE

130

Menschen hält die Terrororganisation Hamas immer noch als Geiseln im Gazastreifen, vielleicht sogar noch mehr. Die „New York Times“ berichtete in dieser Woche, dass 30 Menschen in dieser Geiselhafte umgekommen seien. Damit könnten mehr Geiseln tot sein als bisher angenommen.

ZITAT DER WOCHE

**»Israel kann
sich auf
Deutschland
verlassen.«**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) versicherte ihrem israelischen Amtskollegen Amir Ohana am Montag die Unterstützung Deutschlands.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Bezahlkarte Bundestag bringt bundeseinheitliche Regelung auf den Weg **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Gutes Essen Ernährungsstrategie der Bundesregierung diskutiert **Seite 8**

IM BLICKPUNKT
Dawes-Plan Die »Goldenen Zwanziger« wurden auf Pump finanziert **Seite 9**

EUROPA UND DIE WELT
Asyl-Recht EU-Parlamentarier stimmen umstrittener Reform zu **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Kraftvoller Start

BILDUNG 20-Milliarden-Programm kommt besonders Brennpunktschulen zugute

Die Nachricht wirkte wie ein Schock: Deutsche Schülerinnen und Schüler erzielten im jüngsten internationalen Leistungsvergleich PISA das bisher schlechteste Ergebnis. Aber nicht nur die Leistungen sind Anlass zur Sorge: Der letzte Nationale Bildungsbericht (20/4980) hat zudem deutlich gemacht, dass es nur bedingt gelingt, den Zugang zu Bildung, Bildungswegen und -übergängen unabhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund oder sozialer Herkunft zu gestalten. Das alles soll bald besser werden. Denn in diesem Sommer beginnt das „Startchancenprogramm“ – mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro die größte Maßnahme im Bildungswesen seit Gründung der Bundesrepublik. Von einer „Kampfansage an den Bildungsnotstand“, sprach am Donnerstag Ria Schröder (FDP) im Bundestag. Für den Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Bundestages, Kai Gehring (Grüne) ist es der „Start einer Bildungswende“.



Zur Verbesserung der Startchancen gehört auch die Modernisierung von Sportstätten.

© picture-alliance/Mika Volkman

Paradigmenwechsel In der Debatte über einen Antrag der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP (20/10968) mit dem Titel „Gute Startchancen für mehr Bildungsgerechtigkeit“ erklärte Schröder, der Bund und die 16 Länder würden mit dem Programm einen „Paradigmenwechsel“ vollziehen, um die Lebenschancen junger Menschen besonders in sogenannten Brennpunktgebieten zu verbessern. „Wenn aus Brennpunkten Leuchttürme werden, dann ist das ein Aufbruchsignal“, sagte die FDP-Politikerin. Bildung sei das beste Mittel, um selbstbestimmt durch das Leben zu gehen und Armut zu vermeiden. Bildung sei das Emanzipationsversprechen der SPD sei 160 Jahren, betonte Saskia Esken (SPD). Bildung befähige Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das Bildungssystem müsse sich den Herausforderungen einer diversen Gesellschaft stellen. Ein Viertel der Kinder könne am Ende der Grundschulzeit nicht genügend gut lesen, schreiben, rechnen und kommunizieren. In der Folge verlasse jeder 16. die Schule ohne Abschluss. Bei Migrationskindern sei dieser Anteil noch höher. Das Startchancenprogramm sei ein „großer Schritt“ und unterstütze gezielt Schulen mit einem hohen Anteil an benachteiligten Schülerinnen und Schülern. Das Programm auf zehn Jahre anzulegen, sei sinnvoll, denn „der Kampf für mehr Bildungsgerechtigkeit ist ein Langstreckenlauf“. Gehring sprach von einem „großen Tag für Bildungsgerechtigkeit“. Jetzt werde Koope-

ration für Chancengerechtigkeit ganz konkret, denn Bildung sei „präventive Sozialpolitik“. Bildungserfolg hänge in Deutschland immer noch viel zu stark von sozialer Herkunft, dem elterlichen Geldbeutel und der Postleitzahl ab. „Wir wollen das ändern. Wir werden das ändern. Alle Kinder haben gleiche Startchancen verdient“, sagte Gehring. Nadine Schön (CDU) wollte den Optimismus der Koalitionspolitiker nicht teilen. Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss steige, jeder sechste sei für den Arbeitsmarkt kaum noch vermittelbar. Das sei dramatisch, „denn in einer Zeit schrumpfender Wirtschaft brauchen wir dringend gute Fachkräfte“. Das schon vor zwei Jahren angekündigte Startchancenprogramm komme zu spät und sei völlig unzureichend. Von elf Schülern würde gerade einer von dem Programm profitieren. „Wir haben aber Probleme an allen Schulen in unserem Land“, sagte Schön unter Verweis auf die jüngste PISA-Studie.

Götz Frömming (AfD) sagte, die PISA-Studie habe gezeigt, wohin Bund und Länder „unser einstmals weltweit bewundertes Bildungssystem gebracht haben. Nicht nur die Gebäude sind verrotten, auch der Geist ist verrotten.“ Das sei eine Folge ideologischer Politik. Dass nur 4.000 Brennpunktschulen gefördert würden und die anderen nicht, zeige für Frömming, was die Lieblingsklinteil der Koalition sei: Es seien die Schulen, an den besonders viele Kinder mit Migrationshintergrund seien. Die anderen Schulen würden bestraft. Nicole Gohlke (Linke) sagte, das Programm sei kein Einstieg in eine verlässliche Bildungsfinanzierung, da es zeitlich befristet, viel zu klein und nur punktuell wirksam sei. Es gebe einen Investitionsstau bei Schulgebäuden von in Höhe 50 Milliarden Euro. Das Programm habe aber nur ein Volumen von 20 Milliarden Euro. Der Koalitionsantrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung,

Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen. Darin heißt es zur Finanzierung, zehn Milliarden Euro sollten vom Bund und weitere zehn Milliarden Euro von den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen über einen Zeitraum von zehn Jahren insgesamt eine Million Schülerinnen und Schüler in rund 4.000 Schulen in benachteiligten Lagen unterstützt werden. Bei der Verteilung der Mittel soll ein neuer Verteilungsschlüssel zum Einsatz kommen, der die Armutgefährdungsquote, den Migrationshintergrund und das Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt. Ebenfalls überwiesen wurde ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion (20/10980). Sie will, dass der Bund einen Investitionsfonds mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur einrichtet. Kommunen sollen aus den Mitteln des Fonds mit 50 Prozent Finanzhilfen bei Investitionen in ihre Schulinfrastruktur gefördert werden. Die notwendigen Investitionsausgaben könnten die Kommunen nicht allein bewältigen. Daher sei es geboten, dass der Bund finanziellen Beistand leiste. **Hans-Jürgen Leersch** ■

**»Alle
Kinder
haben
gleiche
Startchancen
verdient.«**

Kai Gehring
(Bündnis 90/Die Grünen)

EDITORIAL

**Alle Kinder
lernen lesen**

VON CHRISTIAN ZENTNER

Die Welt gehört in Kinderhände, singt Herbert Grönemeyer seit fast 40 Jahren. Sie wird es auf jeden Fall, wenn auch später als Grönemeyer dies besingt. Für jede Generation kommt die Zeit, in der die Verantwortung auf sie übergeht. Die Frage ist, wie wir die Kinder darauf vorbereiten. Bildung ist nicht nur die Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben; sie ist die Voraussetzung für die Zukunft des Landes. Beides formuliert auch der Antrag der Ampelfraktionen zum Startchancenprogramm direkt zu Beginn. Mit ihm kam das Thema Bildung in der parlamentarischen Primetime auf die Tagesordnung. Inhaltlich wird im Wesentlichen die Regierung aufgefordert, das bereits zwischen Bund und Ländern fest vereinbarte Programm umzusetzen. Zehn Jahre lang sollen Schulen mit besonderen sozialen Rahmenbedingungen durch insgesamt 20 Milliarden Euro gefördert werden. Profitieren sollen davon vor allem Kinder in Armut und mit Migrationsgeschichte und damit rund 4.000 Schulen, das ist nur ein Bruchteil aller Schulen in Deutschland. Es ist aber ein richtiger Ansatz für gerechte Startchancen. Gerechtigkeit bedeutet nicht, dass alle dasselbe bekommen, sondern alle das, was sie brauchen. Der Union als größter Oppositionsfraktion fehlt vor allem eine Antwort auf das Zusammenspiel von frühkindlicher Bildung und Schulbildung. Sie hat damit in der Debatte einen wunden Punkt getroffen. Der Grundstein für den späteren Bildungserfolg wird eben nicht erst in der Grundschule gelegt. Die Kritik, unter anderem an der Einstellung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“, verfiel daher. Genau wie der Hinweis, dass bei der Bildung beide im Bund zuständigen Ministerien, also Bildungs- und Familienministerium, zusammenarbeiten müssten, Familienministerin Lisa Paus (Grüne) aber trotz Primetime gar nicht erst zur Debatte erschienen sei. Zu denken geben auch die formulierten Ziele. Der Antrag bezeichnet sie als ambitioniert und bezieht dies darauf, dass in den Startchancen-Schulen künftig nur noch halb so viele Schülerinnen und Schüler wie bislang die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen sollen. Bis zum Ende der Laufzeit, also in zehn Jahren. Die andere Hälfte bliebe damit weiter auf der Strecke. Wirklich ambitioniert wäre für die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ein anderes Ziel: Alle Kinder lernen lesen.

Doppelnamen für Eheleute und Kinder

NAMENSRECHT Bundestag beschließt umfassende Reform. Minderheiten sollen Namenstraditionen nutzen können

Der Bundestag hat am Freitag eine Modernisierung des Namensrechts beschlossen: Damit soll künftig etwa das Führen von Doppelnamen ermöglicht werden. Für den im parlamentarischen Verfahren noch geänderten Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/9041, 20/10997) stimmten neben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch CDU/CSU und Linke zu. Die AfD stimmte dagegen. Eheleute, die vorher geheiratet haben, sollen die Möglichkeit haben, Namensänderungen nach den neuen Regelungen zu erklären.

Doppelnamen möglich Bisher sind Doppelnamen im Namensrecht die Ausnahme. Nach einer Eheschließung kann einer der Eheleute einen Doppelnamen führen. Der Name des Partners beziehungsweise der Partnerin gilt dann aber als Familienname, auch für etwaige Kinder. Künftig soll es für beide Eheleute möglich sein, einen Doppelnamen als Ehenamen zu führen. Die Reihenfolge des Doppelnamens können die Eheleute selbst festlegen, ebenso, ob der Name mit oder ohne Bindestrich geführt werden soll. Die Bindestrich-



Das Namensrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch wird modernisiert.

© picture-alliance/dpa

Version ist als Regelfall normiert. Ausgeschlossen sind laut Entwurf Kettennamen aus mehreren Doppelnamen.

Auswirkungen auf Kinder Die Neuregelung hat auch Auswirkungen auf Kinder. Auch sie werden in Zukunft Doppelnamen führen können. Das gilt zum einen für Kinder verheirateter Paare, die sich für einen Doppelnamen als Ehenamen entschieden haben. Zum

anderen können verheiratete Paare, die keinen gemeinsamen Ehenamen führen, beziehungsweise unverheiratete Eltern ihren gemeinsamen Kindern einen Doppelnamen geben.

Namenstraditionen berücksichtigt Außerdem wird es künftig möglich sein, ausländische und Namenstraditionen nationaler Minderheiten zu berücksichtigen. Das gilt bei-

spielsweise für geschlechterangepasste Formen von Namen wie sie in slawischen Sprachen oder bei den Sorben üblich sind. Für Friesen wird die traditionelle Bildung des Nachnamens aus dem Vornamen des Vaters oder der Mutter erlaubt.

Scheidungskinder Weitere Änderungen betreffen Scheidungskinder. Ihnen soll es erleichtert werden, ihren Geburtsnamen zu ändern, wenn etwa ein Elternteil den bisherigen Familiennamen ablegt. Auch die sogenannte Einbenennung soll künftig einfacher in die Wege geleitet werden können. Mit Ausnahme der AfD begrüßten Redner aller Fraktionen in der abschließenden Debatte die geplanten Änderungen. Vertreter der Koalition betonten die Notwendigkeit einer Modernisierung des Namensrechtes. Seitens der Union wurde angemerkt, dass die Reform hinter dem Möglichen zurückbleibe. **scr** ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Erfolg in der Schule hängt in Deutschland noch immer stark vom Elternhaus ab – das vom Bund und den Ländern geplante Startchancenprogramm soll Abhilfe schaffen.

© picture-alliance/dpa/Daniel Reinhardt

Milliarden für Brennpunktschulen

BILDUNG Das Startchancenprogramm soll Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen in der Schule ermöglichen

Ein ehrgeiziges Vorhaben nimmt Form an: 4.000 Brennpunktschulen in ganz Deutschland sollen in den nächsten zehn Jahren mit insgesamt 20 Milliarden Euro vom Bund und den Ländern gefördert werden. Möglich wird das durch das sogenannte Startchancenprogramm. Es ist laut Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) das bisher größte Bildungsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik. Den beachtlichen finanziellen Schub dürfen die Schulen eigenverantwortlich nutzen; das Programm setzt auf eine Stärkung der Schulautonomie. Das Geld können sie in Lermaterial, zusätzliches Personal oder in die Ausstattung der Schule investieren.

»Geld allein ist nicht die Lösung.«

Benjamin Edelstein, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Eine der Schulen, die vom Startchancenprogramm profitieren könnte, ist die Grundschule Pustebume im Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf. Dort spricht mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler Deutsch nicht als Muttersprache. Eine Lehrerin der Grundschule Pustebume sagt, sie begrüße das Konzept des Startchancenprogramms, da es langfristig und systematisch für die Entwicklung der gesamten Einrichtung eingesetzt werden könne. Im Vergleich zu anderen Förderungen bündelt es verschiedene Maßnahmen. Die Grundschule könnte das Geld dann noch zielorientierter verwenden.

Start zum neuen Schuljahr Das Startchancenprogramm soll nach den Sommerferien starten. Allerdings gibt es bereits jetzt erste kritische Stimmen. Bemängelt wird beispielsweise die Höhe des Budgets und wie das Geld unter den Ländern verteilt werden soll. Der Bildungswissenschaftler Benjamin Edelstein vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat sich im Rahmen des „Expertinnenforums Startchancen“ intensiv mit dem Programm beschäftigt. Er meint, dass die Schulpolitik in den vergangenen Jahrzehnten viel zu wenig für den Abbau von Bildungsarmut und Bildungsungleichheit getan habe, und nennt das Vorhaben vor diesem Hintergrund einen bedeutenden

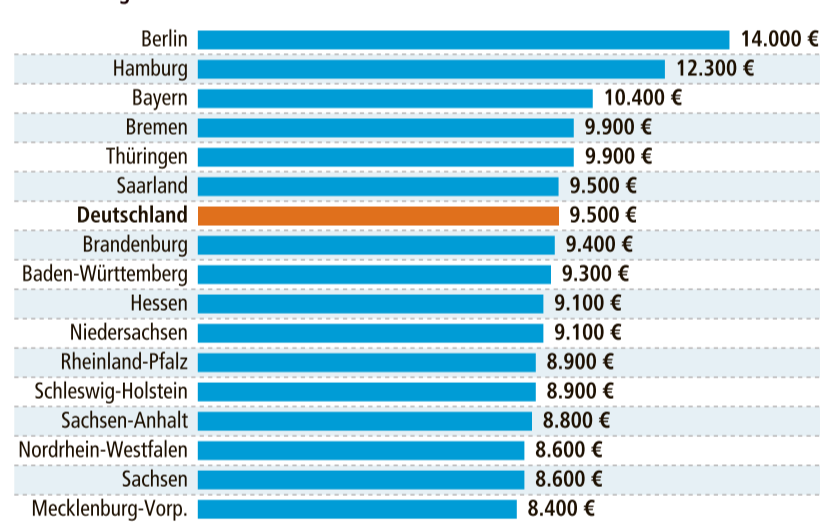
Schritt in die richtige Richtung. Dennoch mahnt er: „Geld allein ist nicht die Lösung.“ Bereits im Koalitionsvertrag hatten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP das Startchancenprogramm verankert. Doch die Umsetzung gestaltete sich schwierig. Der Hintergrund: Bildung liegt in Deutschland Sache der Länder – das erschwerte die Zusammenarbeit bei dem bundesweit geplanten Startchancenprogramm. Uneinigkeiten gab es unter anderem darüber, wie das Programm finanziert und welche Schulen gefördert werden sollen.

Im Februar dieses Jahres kam der Durchbruch – inzwischen sind die Details in Bund-Länder-Vereinbarungen festgehalten. Etwa jede zehnte der rund 40.000 allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen soll von der Förderung profitieren. Rund eine Million sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler sollen erreicht werden. Zum Vergleich: Insgesamt gibt es in Deutschland etwa elf Millionen Schülerinnen und Schüler. Jeder und jede Einzelne kosten den Staat im Schnitt 9.500 Euro im Jahr (siehe Grafik). Welche Schulen am Ende tatsächlich mit dem Startchancenprogramm gefördert werden, entscheiden die Länder.

Kernkompetenzen verbessern Die Bildungsexpertin Dagmar Wolf von der Robert Bosch Stiftung, die sich ebenfalls im Rahmen des „Expertinnenforums Startchancen“ mit dem Programm befasst hat, erklärt: „Jede ausgewählte Schule soll über einen Zeitraum von zehn Jahren mit rund einer halben Million Euro pro Jahr unterstützt werden.“ Das könne nicht alle Probleme und vor allem keine personellen Engpässe lösen, sagt Wolf. Dennoch sei die Gewissheit einer langfristigen Finanzierung ein großer Zugewinn für die Schulen. Das langfristige Ziel des Startchancenprogramms lautet: Die Kernkompetenzen der Kinder und Jugendlichen im Lesen, Schreiben und Rechnen sollen wieder besser werden. Untersuchungen wie der nationale IQB-Bildungstrend oder die internationale PISA-Studie zeigten zuletzt einen alarmie-

Was kostet die Schule?

Je Schüler* gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2022 so viel Geld aus:



*an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
Quelle: Statistisches Bundesamt (2024) Grafikquelle: Globus 016737 (edittiert) vorläufige Angaben

renden Rückgang der Leistungen in diesen grundlegenden Bereichen. Mit dem nun aufgesetzten Programm soll „die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen, an den Startchancen-Schulen halbiert werden“, so steht es in dem Eckpunktetpapier zum Programm. Bildungsexpertin Wolf hält diese Vorgabe für bedenklich: „Das heißt ja im Umkehrschluss, dass wir

50 Prozent abgehängte Schülerinnen und Schüler einkalkulieren.“ Sie wünscht sich, „dass wir eine deutlich höhere Quote erreichen können.“ Neben der individuellen Förderung soll mit dem Programm auch die Chancengerechtigkeit der Kinder und Jugendlichen verbessert werden. Bildungsungleichheit ist ein hartnäckiges Problem in Deutschland. Erfolg in der Schule hängt hierzulande

stark vom Elternhaus ab. Einer Studie des ifo-Instituts aus dem Vorjahr zufolge liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind das Gymnasium besucht, wenn beide Eltern kein Abitur haben, bei rund 28,2 Prozent. Hat ein Elternteil Abitur, steigt die Wahrscheinlichkeit schon auf rund 57,9 Prozent. Haben beide Eltern Abitur, liegt die Wahrscheinlichkeit bei 75,3 Prozent.

Das Startchancenprogramm umfasst eine Förderung in drei Säulen. In der ersten Säule geht es um Investitionen in die Lernumgebung. Damit soll die Attraktivität der Schulen gesteigert werden. Geförderte Schulen könnten mit dem Geld beispielsweise lernfördernde Räume, Kreativlabore oder attraktive Arbeitsplätze einrichten. Ohnehin nötige Sanierungsarbeiten, wie die Renovierung der Schultoiletten, sollen nicht aus dem Etat des Startchancenprogramms finanziert werden.

Bedenken zur Wirksamkeit Zwar kann ein attraktives Lernumfeld die Motivation der Kinder und Jugendlichen steigern, dennoch gibt es Kritik an der Maßnahme. So sagt Bildungsforscher Edelstein, dass es von wissenschaftlicher Seite bisher keine belastbaren Hinweise darauf gebe, dass die Bildungsbenachteiligung über den Schulbau tatsächlich wirksam abgebaut werden könne.

Die zweite Säule des Startchancenprogramms sieht ein Budget, das sogenannte Chancenbudget, für die Entwicklung der Schule und des Unterrichts vor. Mit diesem

Geld sollen die Schulen Lösungen umsetzen, die zu den konkreten Herausforderungen vor Ort passen. Beispielsweise könnten Schulen Beraterinnen und Berater finanzieren, die die Schulen langfristig unterstützen. Denkbar ist aber auch, das Geld für Materialien und die gezielte Lernförderung in den Fächern Deutsch oder Mathematik einzusetzen.

Herausforderung Fachkräftemangel In der dritten Säule will das Programm die Einstellung multiprofessioneller Teams fördern. Die Startchancen-Schulen könnten dann zukünftig zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen oder Sonderpädagoginnen einstellen – vorausgesetzt, dass sie entsprechende Fachkräfte finden. Denn der Fachkräftemangel ist eine der großen Herausforderungen der Schulen. Und es ist ein Problem, das die gesamte Umsetzung des Startchancenprogramms betrifft.

So erklärt Bildungsforscher Edelstein, dass viele Schulen aufgrund von akutem Personalmangel am Rande ihrer Kapazitäten arbeiten. In so einer Situation sei es umso schwieriger, die Ressourcen für eine systematische Schulentwicklung aufzubringen und langfristig durchzuhalten. Das sieht auch die Lehrerin der Grundschule in Berlin Marzahn-Hellersdorf so. Geld oder zusätzliches Material allein seien nicht die Lösung. Sie sagt: „Wir brauchen Personal, das sich mit den Kindern gezielt zusammensetzt und übt.“ Carolin Hasse

So wird das Startchancenprogramm finanziert

10 MILLIARDEN EURO Die Bundesmittel werden über Umsatzsteuerpunkte und einen Sozialindex verteilt

20 Milliarden Euro wollen Bund und Länder in den nächsten Jahren in Brennpunkt-Schulen investieren. Vom Bund kommen zehn Milliarden Euro, die Länder bringen gemeinsam die andere Hälfte auf. Bei der Finanzierung wird auf Altbekanntes und eine Neuerung gesetzt.

Grundsätzlich gilt: Der Bund hat im Bildungsbereich wenig zu melden. Es gilt das Kooperationsverbot, der Bund kann nicht einfach Programme aufsetzen, sondern ist auf die Mitwirkung der Länder angewiesen – und die wollen in der Regel ihre eigenen Vorstellungen einbringen. Der Bund wiederum kann seine Mittel an Ko-Finanzierungsregeln binden. In der Vergangenheit hat das dazu geführt, dass Bundesmittel liegen blieben, weil Länder ihren Teil nicht tragen wollten.

Umsatzsteuerpunkte Die drei Säulen des Startchancenprogramms haben jeweils eigene Finanzierungsmodalitäten. Für das „Chancenbudget für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung“ (Säule 2) und das „Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams“ fließen die Bundesmittel in Höhe von jeweils 300 Millionen Euro pro Jahr in Form von Umsatzsteuerpunkten. Das ist ein klassischer Finanzierungsmodus, wenn der Bund keine eigene Kompetenz hat.

Die Abgabe der Umsatzsteuerpunkte soll zunächst bis 2029 befristet werden. Dann will der Bund prüfen, ob die Länder wie versprochen mit dem Geld umgegangen sind. Die Länder haben wiederum bereits darauf hinge-

wiesen, dass sie mehr Geld benötigen werden, um Kostensteigerungen abzufangen.

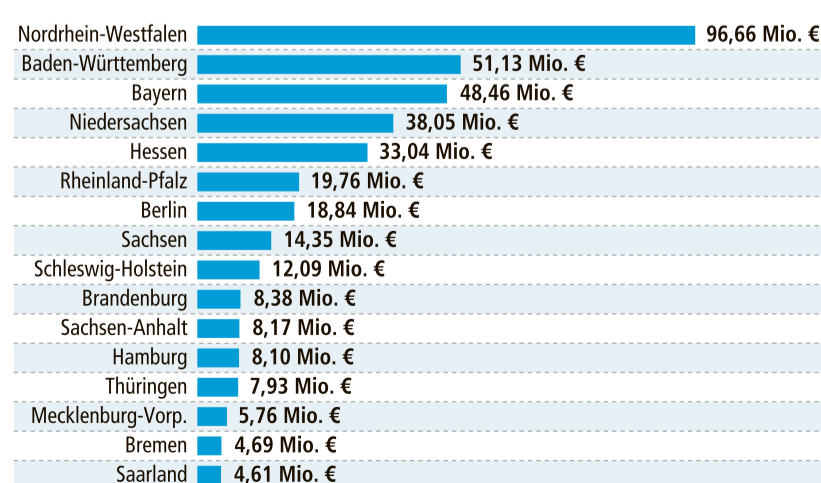
Sozialindex Aufgeteilt werden die Mittel aus der Umsatzsteuer über den klassischen

Schlüssel des Finanzausgleichsgesetzes. Bei Säule 1 (siehe Grafik), dem „Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung“, wird ein sogenannter Sozialindex angesetzt, um die rund vier Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre auszuschütten. Gängig ist bei solchen Programmen eigentlich der Königsteiner Schlüssel, der sich aus Steueraufkommen und Bevölkerungszahl ergibt. Der Sozialindex bezieht hingegen etwa die Armutsgefährdungsquote sowie die Zahl der unter-18-Jährigen mit Migrationshintergrund ein. Damit fließen etwa ein Nordrhein-Westfalen 25,44 Prozent der investiven Bundesmittel. Nach dem Königsteiner Schlüssel von 2019 wären es nur 21,08 Prozent gewesen. Bayerns Anteil fällt mit 12,75 Prozent deutlich geringer aus als nach dem Königsteiner Schlüssel (15,56 Prozent).

Kofinanzierung Bei dem Investitionsprogramm, das als Finanzhilfe auf Grundlage von Artikel 104c Grundgesetz ausgestaltet ist, will der Bund 70 Prozent der jeweiligen Investitionskosten übernehmen, die Länder beziehungsweise Kommunen sollen 30 Prozent beisteuern. Dabei können schon bestehende Programme, die ähnlichen Zielen dienen, angerechnet werden.

Investitionen für zeitgemäßes und förderliches Lernen

Jährlich 380 Millionen Euro Bundesmittel für das Investitionsprogramm Startchancen*:



*Das Investitionsprogramm läuft über 10 Jahre
Quelle: Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm Startchancen Grafik: Stephan Rotes

STICHWORT

Die drei Säulen des Startchancenprogramms

> Lernförderliche Infrastruktur 40 Prozent der Fördermittel sollen in die bauliche Ausstattung der Startchancen-Schulen investiert werden. Also zum Beispiel in ruhige Lernräume oder Kreativlabore. Großflächig nötige Sanierungsmaßnahmen an Schulen soll das Budget aber nicht finanzieren.

> »Chancenbudget« 30 Prozent der Fördersumme fließen als sogenanntes Chancenbudget in bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Dieses Geld sollen die Startchancen-Schulen selbstbestimmt einsetzen können, um beispielsweise gezielte Lernförderung in den Kernfächern Deutsch oder Mathematik anbieten zu können.

> Multiprofessionelle Teams 30 Prozent der Mittel können die Startchancen-Schulen für zusätzliche Fachkräfte wie Schulsozialarbeiterinnen oder Sonderpädagoginnen einsetzen.

KURZ NOTIERT

Union will breitere Förderung für Forschungseinrichtungen

Die CDU/CSU-Fraktion will das Wissenschaftsfreiheitsgesetz (WissFG) so erweitern, dass gemeinnützige Forschungseinrichtungen, die vom Bund nicht institutionell gefördert werden, künftig mit einbezogen werden. So könne die „massive Benachteiligung“ der gemeinnützigen Forschungseinrichtungen im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte unterbunden werden, heißt es in einem Unions-Antrag (20/7589) mit dem Titel „Flexibilisierung des Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen ermöglichen“, der am Mittwoch im Bundestag beraten wurde. Der Antrag fand keine Mehrheit. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP votierten gegen die Vorlage. Nur die AfD stimmte für die Unionsinitiative. mis

Linke fordern Mieterschutz bei Heizkostennachzahlung

Mit Heizkostennachforderungen für Mieter hat sich der Bundestag am Donnerstag befasst. Gegenstand der Debatte war ein Antrag (20/10461) der Gruppe Die Linke. Die Abgeordneten fordern von der Bundesregierung, einen Heizkostennachzahlungsplan vorzulegen. Darin soll unter anderem ein Kündigungs moratorium enthalten sein, das Kündigungen in der Folge von Mietschulden aufgrund erheblicher Heizkostennachzahlungen verbietet. Zudem wird die dauerhafte Verlängerung der Antragsfrist für Bürgergeld zur Übernahme von Heizkostennachzahlungen gefordert, die Streichung des CO2-Preises für Wärme sowie die Einführung eines Klimageldes. nki

AfD will höheren Grundfreibetrag

Die AfD-Fraktion fordert einen höheren steuerlichen Grundfreibetrag von 14.000 Euro und will im Gegenzug Mittel für Migration und den europäischen Aufbauplan „NextGenerationEU“ kürzen. Das schreibt sie in einem Antrag, der am Freitagnachmittag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe unter Zusatzpunkt 16 im Plenum des Bundestags debattiert werden sollte (20/10975). Der Grundfreibetrag solle von bislang 11.604 Euro auf 14.000 Euro erhöht werden, verlangt die AfD-Fraktion. Sie fordert, „zum Beispiel die jährlichen Milliardenbeiträge für die Ausländer ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland“ zurückzuführen. Ferner wollen die Abgeordneten erreichen, dass ab 2025 in der Einkommensteuer „alle Tarifeckwerte über eine normierte Tarifformel automatisch angepasst, mit dem Ziel, die durchschnittliche Steuerbelastung für das entsprechend der Inflation gestiegene zu versteuernde Einkommen konstant zu halten“ bal

Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur

Minister Robert Habeck (Grüne) sprach am Mittwoch im Ausschuss für Klimaschutz und Energie von einem „Meilenstein“: Deutschland will in Sachen Wasserstoff international Vorreiter werden. Am Freitag sollte der Bundestag den im Ausschuss noch in Teilen geänderten Entwurf der Bundesregierung eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/10014) beraten. Ziel des Entwurfs ist die Schaffung eines Rechtsrahmens für die beschleunigte Entwicklung einer nationalen Wasserstoffinfrastruktur und deren Finanzierung. Der Ausschuss empfahl die Annahme des Entwurfs. Das Ergebnis der Abstimmung im Plenum lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. mis

Herkunftsnachweise für Erneuerbare Energien

Herkunftsnachweise sollen künftig dazu dienen, Kunden oder Energieverbraucher gegenüber dokumentieren zu können, dass ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Menge der an ihn gelieferten Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt worden ist. Nachdem im Herkunftsnachweisregistergesetz die Grundlagen geschaffen wurden für die Einrichtung und den Betrieb eines Herkunftsnachweisregisters für Gas sowie eines Herkunftsnachweisregisters für Wärme oder Kälte aus erneuerbaren soll die Gas-Wärme-Kälte-Herkunftsnachweisregister-Verordnung (20/10159) die Regelungen des Gesetzes konkretisieren. Das betrifft vor allem die Rahmenbedingungen dafür, dass das Umweltbundesamt als die mit der Registerverwaltung beauftragte Behörde die Einrichtung der Register vornehmen kann. Die Verordnung sollte am Freitag im Bundestag abschließend beraten werden. Die Abstimmung im Plenum erfolgte nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe. mis



EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf der Pressekonferenz am Donnerstag nach der Entscheidung des EZB-Rates, die Leitzinsen unverändert zu lassen

Harte Währung

EURO Die AfD trauert der D-Mark nach und kritisiert die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank

Das Timing hätte nicht viel besser passen können. Während der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude am Donnerstag nachmittag einen AfD-Antrag zum Euro debattierte (20/10969), tagte im Frankfurter Ostend im Eurotower der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Währungshüter beschloss...

Die Scheine auf den Grill werfen“, schimpfte der AfD-Abgeordnete Norbert Kleinwächter. „Fürchterlich schlecht“ sei die Geldpolitik in Europa. „Die EZB drückt ungezügelt Geld.“ Und mit Verweis auf die Zeit vor der Einführung des Euro als Bargeld im Jahr 2002 erklärte er: „Das meiste ist heute doppelt so teuer wie damals.“ Für die SPD-Fraktion widersprach dem Johannes Schräps: „Der Euro hat sich als äußerst stabil erwiesen.“ Mit der gemeinsamen Währung entfielen Kosten, etwa beim grenzüberschreitenden Handel. Das stärke die Wirtschaft. Schräps verwies auf die rekordhohe Beschäftigung in Deutschland. „Der Euro ist ein Symbol für die Einheit und Stärke Europas.“ Die CDU-Abgeordnete Ottilie Klein sagte in ihrem Redebeitrag: „Dieser Antrag...

«Das meiste ist heute doppelt so teuer wie vor der Euro-Einführung.»

Norbert Kleinwächter (AfD)

erleichtert den Handel, stärkt unsere Unternehmen und schafft Wohlstand“, sagte Klein. **Keine Schuldunion** Nach wie vor müsse in der EU jeder Mitgliedstaat für seine Schulden selbst haften, betonte die Christdemokratin. „Eine Schuldunion lehnen wir ab.“ Deutschland brauche Europa, könne ohne EU auch nicht alleine für seine Sicherheit sorgen. Ihre Fraktion stehe zum Euro und zu Europa, „denn wir stehen zu Deutschland“. Die AfD dagegen wolle eine neue Währung einführen, aus der EU austreten, sagte das aber nicht offen. Damit würde sie Deutschland isolieren. „Das wäre ein Verarmungsprogramm für Deutschland“, argumentierte Klein. Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, die Inflationsrate in Deutschland sei seit der Euro-Einführung niedriger gewesen als in den letzten 22 Jahren mit der Deutschen Mark. „Wenn es Ihnen um einen stabilen Währungsraum ginge, sollten Sie lieber ‚stabil wie der Euro‘ in Ihren Antrag schreiben“, forderte sie die AfD-Fraktion auf.

Der Grund für die erhöhte Inflation der vergangenen Monate liegt aus Schäfers Sicht im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Grüne nannte Putin den „besten Freund“ der AfD. „Ihr Freund Putin greift die Ukraine an und tötet“, warf sie den AfD-Abgeordneten vor. Dabei habe Putin verstanden, dass es dabei auch um die öffentliche Meinung in Westeuropa gehe. „Sie sind die willigen Handlanger für diese Strategie“, erklärte sie an die AfD-Fraktion gerichtet. Für die FDP-Fraktion ergriff Marie-Agnes Strack-Zimmermann das Wort. Der Euro sei trotz der Krisen stabil, stellte sie fest. An die AfD-Fraktion gerichtet sagte sie mit Blick auf den Binnenmarkt, der Bestandteil der Wirtschafts- und Währungsunion ist, und dessen Regeln zu Telefongebühren in der EU: „Sie können Ihren Unsinn auch noch in unseren Nachbarländern erzählen, ohne Roaminggebühren zu zahlen.“ Die Abgeordnete sagte auch: „Die EU ist das größte Friedensprojekt, seit die Menschen vom Baum gestiegen sind.“ Allerdings sei die EU nicht perfekt: Die derzeitige deutsche Präsidentin der EU-Kommission...

»Wie sind Sie drauf? Spalten und Hass säen, das ist alles, was Sie wollen.«

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

„mit dem Parteibuch Konrad Adenauers“ habe sich fünf Jahre lang ausgetobt. Strack-Zimmermann kritisierte wachsende Regulierung während der zu Ende gehenden Amtszeit von Ursula von der Leyen und rief: „Europa ist doch nicht entstanden, damit wir Ameisen tätowieren!“ Das sei aber kein Grund dafür, eine Politik zu betreiben, die nur Angst schüre. „Wie sind Sie drauf?“, fragte die FDP-Abgeordnete in Richtung der AfD. „Nur spalten, nur Hass säen, das ist das, was sie wollen.“ Alle, die eine innige Beziehung zu Russland hätten, „werden darauf achten, dass in den Koffern Euro liegen. In Rubel ist der Koffer zwar schwerer, aber weniger wert.“ Für die Gruppe Die Linke ist zwar „an den Behauptungen der AfD zum Euro alles falsch“, wie deren Rednerin Susanne Hennig-Wellsow sagte. „Die Haltung der Ampel und der Union ist allerdings auch nicht unproblematisch.“ Ökonomen wiesen seit langem darauf hin, dass für den Euroraum auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik nötig sei, argumentierte Hennig-Wellsow. Andrej Hunko von der Gruppe BSW sagte, die Euro-Einführung vor 25 Jahren – 1999 kam das Gemeinschaftsgeld als Buchgeld – könne man zwar kritisch bewerten. „Aber jetzt eine Rückkehr zur D-Mark ist grober Unfug.“ Stephan Balling

FÜNF FRAGEN ZU: 25 JAHRE EURO ALS BUCHGELD



Volker Wieland ist Professor für Monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt

Herr Wieland, wie fällt Ihre Bilanz des Euro aus? Der Euro war eine politische Entscheidung, keine rein ökonomische. Es ging um die Fortführung der europäischen Einigung. Unter Ökonomen in den 1990er Jahren war dies umstritten, da der Wechselkurs hilfreich sein kann, um unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen auszugleichen. In den USA gab es sogar Stimmen, die schwere politische Konflikte in Europa als Folge des Euro befürchteten. Es kam zwar zu Krisen, etwa die Euro-Schuldenkrise und die Debatte über einen Euro-Austritt Griechenlands. Aber: Der Euro hat bisher jede Krise überlebt. Dabei musste die EZB zu oft als Nothelfer einspringen. Aber es wurden auch neue Institutionen geschaffen, wie der Europäische Stabilitätsmechanismus und die Bankunion. **Ihr Urteil über die EZB?** Die EZB hat zu lange ihre massiven Käufe von Wertpapieren, insbesondere Staatsanleihen, fortgesetzt, die sie während der Corona-Krise begonnen hatte. Sie hätte bereits 2021 auf die Inflation reagieren müssen. Aber ab Sommer 2021 hat sie entschlossen gehandelt und mit deutlichen Zinsschritten die Inflation bekämpft. **Die AfD-Fraktion will in einem Antrag die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Euro quantifizieren. Geht das?** Man kann einzelne Aspekte davon durchaus mit makroökonomischen Modellen quantifizieren. Qualitativ lässt sich sa-

gen, dass Deutschland wirtschaftliche Vor- und Nachteile durch den Euro hat. Ich denke aber die Vorteile überwiegen. Dank des Euro können unsere exportstarken Unternehmen den Binnenmarkt viel besser nutzen. Wir brauchen eigentlich mehr Binnenmarkt, vor allem im digitalen Bereich und bei den Kapitalmärkten. Der Nachteil des Euro ist, dass kein Land mehr eine eigene Geldpolitik betreiben kann. **Welche Integrations Schritte auf EU-Ebene sind nötig?** Der ursprüngliche Ansatz war schon richtig, die Staaten mit klaren Defizit- und Schuldenregeln auf solide Staatsfinanzen zu verpflichten. Wenn die EU-Kommission das nicht umsetzt, dann brauchen wir einen unabhängigen Fiskalrat für die Eurozone, der Schuldenregeln durchsetzt und notfalls Sanktionen verhängt. Die Alternative wäre eine EU-Regierung mit und ein EU-Bundesstaat, aber das sehe ich keine Mehrheiten. **Das Gespräch führte Stephan Balling.**

Warten auf das Gesetz

IMMISSIONSSCHUTZ Zahlreiche Änderungsvorschläge **Eigentlich wollte die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutz beim Immissionsschutz (20/7502) den Ausbau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen beschleunigen, doch der Entwurf hängt seit Monaten in der Beratung. Mit dem Gesetz sollte künftig unter anderem eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Zudem solle der Vorschlag dazu beitragen, die im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegte Klimaneutralität zu erreichen. Dazu sind jedoch verschiedene Anpassungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgesehen. Beispielsweise soll Anlagenbetreibern das Nachreichen von Unterlagen im Genehmigungsverfahren erleichtert werden. **nächst wird das Gesetz kommen“**, kündigte Rinkert an. Judith Skedelly (FDP) erinnerte die Union daran, dass bereits „zu Zeiten der Großen Koalition“ ein solches Gesetz zur Beschleunigung für Genehmigungsverfahren angedacht gewesen sei. „Wir machen, was die Union versprochen hat“, sagte die Liberale. **»Erhebliche Zweifel«** Dem widersprach Klaus Wiener (CDU) heftig. Nicht nur bei der Union bestünden „erhebliche Zweifel, ob mit dem Gesetz Verfahren beschleunigt werden, sondern auch beim Bundesrat und beim Bundesverband der Deutschen Industrie“. Das Gesetz sehe nur Beschleunigungen bei den Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energie vor, „wir brauchen aber Beschleunigung in allen Sektoren“. Außerdem berge die Aufnahme des Schutzgutes Klima in das Gesetz „jede Menge Unsicherheiten, die neue Klagewellen mit sich bringen könnten“. Das sei dann das Gegenteil von schnell. Er forderte eine Reform des Verbandsklagerechts und eine gesetzlich vorgeschriebene Digitalisierung der Verfahren. Thomas Ehrhorn (AfD) lehnt den Gesetzentwurf komplett ab. Er sprach von „Vorgaben einer linksextremen Ideologie“, diese führe „weit weg von einer freien Marktwirtschaft“. Mit dem Vorhaben solle die „Utopie der Netto-Null-Emission“ erreicht werden, doch das sei weder „erreichbar noch bezahlbar.“ nki**



In der Gemeinschaftsverpflegung wie an Schulen soll es mehr saisonal-regional und ökologisch-klimafreundlich erzeugte Lebensmittel geben.

© picture-alliance/ZB/Jens Kalaene

Das schmeckt nicht jedem

GUTES ESSEN Kontroverse Debatte über die Ernährungsstrategie der Bundesregierung

Gutes Essen für Deutschland, so lautet der Name der neuen Ernährungsstrategie der Bundesregierung (20/10001). Damit soll die Ernährung hierzulande gesünder, weniger fleischlastig und nachhaltiger werden. Der Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen, Krankenhäusern und Mensen soll eine Schlüsselrolle zukommen. Die vom Bundeslandwirtschaftsministerium erarbeitete Strategie bündelt rund 90 Maßnahmen, die „gutes Essen für alle Menschen in Deutschland leichter“ machen soll. Der Zielhorizont geht bis zum Jahr 2050.

Kantinenkost Festgeschrieben sind „strategische Ziele“. Neben einer Verbesserung der Gemeinschaftsverpflegung soll die Lebensmittelverschwendung reduziert sowie die Produktion von pflanzlichen und ökologischen Lebensmitteln gesteigert werden. Mit der Umstellung der Kantinenkost werde zudem „eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft“ angestrebt. Deren Anteil am gesamten Agrarbereich soll von aktuell 11 Prozent auf 30 Prozent im Jahr 2030 steigen. Auch der Aspekt Ernährungsarmut

»Möglichst alle sollten es leicht haben, gut und gesund zu essen.«

Cem Özdemir (Grüne)
Bundesagrarminister

soll berücksichtigt werden. Ein weiteres Ziel ist, an Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt einzuschränken. Ein von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) geplantes Gesetz dazu lässt jedoch auf sich warten, dem Koalitionspartner von der FDP gehen solche Maßnahmen zu weit. Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart, war die Ernährungsstrategie lange umstritten. Eckpunkte dazu hatte das Kabinett bereits im Dezember 2022 verabschiedet.

Ampel uneins Der Bundestag beriet am Donnerstag in erstmalig über die Ernährungsstrategie, dabei wurde noch einmal deutlich, dass nicht nur die Opposition die Pläne ablehnt, sondern auch von Seiten der FDP-Fraktion erhebliche Kritik kommt. Minister Özdemir warb für die Ernährungsstrategie. Unabhängig von Herkunft, Wohnort und Geldbeutel der Eltern „sollten es möglichst alle leicht haben, gut und gesund zu essen, wenn sie es denn wollen“, sagte Özdemir. Der Minister wandte sich zugleich gegen einen „Kulturkampf ums Essen“, der niemandem helfe.

Rita Hagl-Kehl (SPD) unterstrich die Notwendigkeit, in Kitas und in Schulen mehr gesundes Essen anzubieten. „70 bis 80 Prozent der Krankheiten in Deutschland sind ernährungsbedingt“, sagte sie. 15 Prozent der Schüler seien übergewichtig, deshalb müsse der Staat mit „für eine gute Ernährung sorgen“. Sie begrüßte das Werbeverbot für bestimmte Lebensmittel und Programme gegen Lebensmittelverschwendung. Dafür bekam Hagl-Kehl Unterstützung von Julia Verlinden (Grüne). Die Lebensmittelverschwendung sei eine „Ressourcenverschwendung, die wir uns nicht mehr leisten können“, sagte Verlinden. Die Strategie weise Wege aus, wie es gelingen könne, weniger Lebensmittel wegzuerwerfen. Gleichzeitig müsse die regionale Verpflegung ausgebaut werden, damit die Umstellung der Kantinen auf mehr ökologisch erzeugte Lebensmittel aus der Region gelingen könne. Außerdem begrüßte Verlinden das Vorhaben, „an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung zu verbieten“.

Gegen Werbeverbote Gero Hocker (FDP) warnte hingegen vor zu großen Erwartungen an die Ernährungsstrategie. „Politik kann Verantwortung für gesunde und angemessene Ernährung nicht übernehmen“, sagte Hocker und plädierte für mehr „Eigenverantwortung“. Ein pauschales Werbeverbot sei mit der FDP nicht zu machen. Ähnliche Argumente kamen von Seiten der

CDU/CSU-Fraktion. Auch Albert Stegmann (CDU) erinnerte an „die Mündigkeit“ der Verbraucher in Ernährungsfragen. Die Ernährungsstrategie lese sich für ihn wie eine Anleitung zum Ausstieg aus der heimischen Fleischproduktion. Der Bericht mache deutlich, welche Ziele die Grünen verfolgten, nämlich die deutliche Verteuerung von Fleischprodukten. Für Christina Stumpp (CDU) regiert die Ampel mit dem Vorhaben gegen die Mehrheit der Bürger. Lediglich drei Prozent der Bevölkerung ernährten sich vegan, zehn Prozent seien Vegetarier, „aber 84 Prozent essen Fleisch“, sagte Stumpp. Die Pläne der Regierung stünden damit „gegen die Essgewohnheiten

in diesem Land“. Für Peter Felser (AfD) ist die Strategie „auf Verbote und Lenkung ausgerichtet“. Zum einen solle dem Bürger vorgeschrieben werden, was er essen soll, zum anderen würden Werbeverbote dazu führen, dass ein großer Teil der Lebensmittel nicht mehr erworben werden dürfe. „Das lehnen wir ab“, sagte Felser. Auch aus Sicht Ina Latendorfs (Linke) geht die Strategie in die falsche Richtung. „Für eine gesunde Mahlzeit für alle reicht es nicht“, kritisierte sie. Stattdessen werde 2050 als Ziel für die Vorhaben ausgeschrieben, in der Zwischenzeit sollten Beratungen stattfinden. „Das ist abgehobene Politik“, sagte Latendorf. **Nina Jeglinski**

STICHWORT

Zentrale Ziele der Ernährungsstrategie

> Gemeinschaftsverpflegung Gesundere und nachhaltigere Mahlzeiten in Kitas, Mensen und Kantinen.

> Obst und Gemüse Pflanzenbetonte Ernährung mit einem hohen Anteil an unverarbeitetem saisonal-regionalem Gemüse und Obst sowie ballaststoffreichen Getreideprodukten sollen einfacher zugänglich gemacht werden.

> Lebensmittelverschwendung Reduzierung von Lebensmittelverschwendung, indem über die gesamte Kette Lebensmitteltabfälle bis 2030 halbiert werden.



© picture-alliance/dpa

Wohnenswerte Innenstädte durch neue Umbaukultur Union mahnt Gesetz an

BAUKULTURBERICHT Bundestag verabschiedet Entschließung mit Handlungsempfehlungen

Weg von Abriss und Neubau, hin zum Umbau der Innenstädte: Das ist die Marschrichtung, den die Bundesstiftung Baukultur in ihrem Baukulturbericht 2022/23 (20/4250) vorgegeben hat. Der Bundestag hat die Empfehlungen des Berichts am Donnerstag aufgegriffen und mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen von Union und AfD bei Enthaltung der Gruppe Die Linke eine Entschließung verabschiedet (20/10998).

Darin heißt es, eine neue Umbaukultur ziele darauf, den Gebäudebestand zu verbessern, den Neubau zu verändern und die Qualität der Gestaltung zu steigern. Das Spektrum reiche vom Umbau der Städte bis hin zum Umdenken bei Bauweisen und Bauprozessen. Propagiert wird eine nachhaltige Entwicklung aus dem Bestand heraus unter Berücksichtigung der Ziele des Klimaschutzes und der Verringerung des Flächenverbrauchs.

Umbau und Umdenken Elisabeth Kaiser (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bauministerium, verwies auf die Förderprogramme „Jung kauft Alt“ und „Gewerbe zu Wohnraum“, die diese neue Umbaukultur zum Ausdruck brächten. Wichtig sei, den Umbau zu beschleunigen und zu vereinfachen. Der Gesetzgeber trage die

Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Baukultur. Claudia Tausend (SPD) sagte, die Orientierung am Konzept einer „Stadt der kurzen Wege“ sei mittlerweile gängige Praxis. Man wolle den Außenbereich schonen und die Innenentwicklung stärken. Sie äußerte die Hoffnung, dass das Umweltministerium bald einen Vorschlag zur Änderung der

Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm vorlegt. Die Lärmgrenzwerte müssten angepasst werden, um Wohnen wieder in innerstädtische Lagen zurückzubringen.

Wohnungsnot Der CDU-Abgeordnete Lars Rohrer zeichnete das Bild einer Baubranche in der Krise. Bauprojekte lägen auf Eis, die Wohnungsnot steige. Er vermisste poli-

tisches Handeln der Koalition. Anstatt sich einseitig auf die Gebäudeanforderungen zu konzentrieren, sollten möglichst viele Gebäude ökologisch sinnvoll saniert und der Umbau ökologisch finanziert und gefördert werden.

Anja Liebert von den Grünen sprach von stagnierenden Großstädten und dem Trend, in das Umland zu ziehen. Das Einfamilienhaus auf dem Land führe zu noch mehr Flächenverbrauch. Die Umweltbilanz der Bestandsbauten sei wesentlich positiver als die der Neubauten. Erforderlich sei eine Nachverdichtung mit mehr gemischter Nutzung. Aus Sicht von Rainer Semet (FDP) muss das Planungs- und Baurecht beschleunigt werden. Die Vorteile des Umbaus sieht er in geringerem Materialeinsatz und niedrigeren Standards. Um bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, müssten Kosten gesenkt werden.

Carolin Bachmann (AfD) nahm „überall Auswüchse der Klima-Ideologie“ wahr, die das Stadtbild ruinierten. Es sei an der Zeit, das baukulturelle Erbe zu schützen. „Konsequente Remigration“ spare Ressourcen und Wohnraum. Caren Lay (Die Linke) kritisierte, dass Fördergeld immer noch in den Neubau statt den Umbau flösse, damit stehe ein wirklicher Politikwechsel noch aus. **Volker Müller**

VERKEHR Verfügbarkeit von Daten zur Mobilität

Die CDU/CSU-Fraktion fordern eine moderne Regulierung von Mobilitätsdaten. Die digitale Verfügbarkeit von Reise- und Verkehrsinfrastrukturdaten sei essenziell für moderne Mobilitätsangebote und die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle in Deutschland, heißt es in dem entsprechenden Antrag der Fraktion (20/10974), über den der Bundestag am Freitag erstmals debattierte und ihn zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss überwies. Auskunftsmaßnahmen, die in Echtzeit und über möglichst alle Verkehrsträger und Dienstleister hinweg Verfügbarkeitsdaten integrieren, ermöglichen nahtlose und multimodale Mobilität für alle Nutzerinnen und Nutzer. Eine vereinheitlichte Struktur der Datenerhebung und ihrer Weitergabe wirke sich damit positiv auf die Möglichkeiten zur individuellen Mobilität aus.

Angekündigter Gesetzentwurf Der vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr bis Ende 2023 angekündigte Referentenentwurf zum Mobilitätsdatengesetz liege gleichwohl immer noch nicht vor, kritisierte die Unionsfraktion. „Absichtserklärungen der Bundesregierung sind bisher vage formuliert. Planungssicherheit besteht nicht“, heißt es in dem Antrag.

Arbeitsschutz im Agrarsektor wird strenger

EU-MITTEL Im Zuge der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist auf EU-Ebene festgelegt worden, dass zukünftig an die Nichteinhaltung bestimmter arbeitsschutzrechtlicher sowie arbeitsrechtlicher Vorschriften aus den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit Verwaltungsanktionen geknüpft sind.

Ziel der sozialen Konditionalität sei, die Einhaltung der in Bezug genommenen arbeitsrechtlichen Vorschriften unionsweit zu fördern und so zur Entwicklung einer sozialverträglichen Landwirtschaft beizutragen. Um die neuen Vorgaben in heimisches Recht zu überführen, hat die Bundesregierung einen Entwurf des „Ersten Gesetzes zur Änderung des GAP-Konditionalitätsgesetzes“ (20/10819) vorgelegt. Der Entwurf wurde am Donnerstagabend erstmals im Bundestag beraten. Die Parlamentarische Staatssekretärin Claudia Müller (Grüne) betonte, dass die „soziale Konditionalität erstmalig in der GAP verankert wurde“. Das bedeute die Stärkung einer sozialverantwortlichen Landwirtschaft und das „EU-weit“. Ab Januar 2025 müssten alle Mitgliedstaaten diese Vorgaben anwenden. Als Resultat stehe damit, dass Betriebe, die sich nicht an die Sozialstandards halten, keine EU-Mittel bekommen, was dazu führen werde, dass innerhalb der EU die Standards eingehalten oder eingeführt würden. „Damit trägt die Regelung zu mehr Wettbewerbsgleichheit bei“, sagte Müller.

Artur Auernhammer (CSU) erinnerte daran, dass „ein gemeinsamer Markt die gleichen Spielregeln für alle“ einhalten müsse. In Deutschland würden die nun geforderten sozialen Standards bereits erfüllt, dass diese nun in jedem EU-Land Geltung haben, sei „richtig und zu begrüßen“. Es gehe jedoch auch um den Wettbewerb, und der sei auf dem Agrarsektor innerhalb der EU nicht gleich. Vor allem in Spanien und Griechenland gebe es niedrigere Sozialstandards. Nicht nur auf diesem Gebiet brauche es gleiche Standards, auch bei Themen wie dem Agrardiesel oder der Mehrwertsteuer sei das nötig. Auernhammer kritisierte die Untätigkeit der Ampel in diesen Bereichen.

Franziska Kersten (SPD) begrüßte den Schritt: „Endlich ist es soweit, und ein sozialdemokratisches Grundanliegen ist umgesetzt.“ Allerdings betreffe das Gesetz in Deutschland „nur sehr wenige Betriebe“, das Gesetz werde jedoch in anderen Mitgliedsländern zu „fairen Arbeitsbedingungen für die Landwirtschaft führen“, weil sonst GAP-Mittel gekürzt würden.

Stephan Protschka (AfD) sieht die neue Regelung kritischer. Die deutsche Landwirtschaft habe bereits jetzt „die höchsten Sozialstandards“, die soziale Konditionalität führe zu „mehr Bürokratie und zu mehr Überwachung“. Dabei habe die Ampelregierung im Zuge der Bauernproteste „versprochen“, Bürokratie für landwirtschaftliche Betriebe abzubauen. Die neuen Regelungen seien „Gängelungen, die die Bauern nicht verdient haben“, sagte Protschka.

Carina Konrad (FDP) warnte vor „Populisten, die im ländlichen Raum auf Stimmengewinn“ seien. In Großbritannien hätten die Menschen nun die Konsequenzen zu tragen, die eine solche Politik mit sich bringe. Während der Brexit-Kampagnen sei den Menschen in den ländlichen Regionen von EU-Skeptikern gesagt worden, dass die GAP ein Fehler sei. Heute sei Großbritannien kein EU-Mitglied mehr, und die britischen Landwirte ständen vor enormen Schwierigkeiten, auch weil die europäischen Fördermittel fehlten. **nki**



Umbauen und renovieren gilt als klimafreundlicher als neu zu bauen.

© picture-alliance/dpa

Goldene Zwanziger auf Pump

DAWES-PLAN 1924 wurden dem Deutschen Reich Reparationsleistungen und Auslandsschulden gestundet. Es nutzte die Chance nicht, um sich zu konsolidieren, erklärt der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl im Interview

Herr Professor Ritschl, am 9. April 1924 hat eine internationale Kommission der Gewinner-Staaten des Ersten Weltkriegs einen Plan vorgelegt, der dem Deutschen Reich die Zahlung von Reparationsleistungen erleichtern sollte, die Deutschland als Wiedergutmachung für den Angriff auf Frankreich 1914 leisten musste. War der Dawes-Plan ein Erfolg?

Kurzfristig ja, langfristig nein. Er hat zwar erheblich zu den „Goldenen Zwanziger Jahren“ beigetragen, aber das war eine Konjunktur auf Pump, die 1929 zusammenbrach.

Weshalb?

Der Dawes-Plan sollte Deutschland mit Auslandskrediten und einer Atempause bei den Reparationen wieder auf die Füße helfen. Ohne ausreichende Steuereinnahmen und konfrontiert mit hohen Reparationsforderungen hatte die Weimarer Republik rasant steigende Inflationsraten erlebt. 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Die Goldreserven der Reichsbank schmolzen weiter ab. Mit der Rentenmark, einer realwertgesicherten Parallelwährung, wurde die Stabilisierung 1923 zwischenfinanziert. Aber zu ihrer Absicherung brauchte es eine Anschubfinanzierung aus dem Ausland, damit devisenbringende Exporte wieder anliefen. 1924 sah es zunächst so aus, als ob das funktionieren würde. Die Reichsbank konnte in kurzer Zeit ihre schmalen Devisenbestände wieder erhöhen.

Inwiefern führte das zu einer wirtschaftlichen Erholung?

Womit damals niemand rechnete: Mit dem Dawes-Plan brach ein regelrechter Tsunami an Krediten aus dem Ausland über Deutschland herein, obwohl die Weimarer Republik mit Blick auf ihre Reparationen eigentlich überschuldet war. Das führte in den Folgejahren zu einem konjunkturellen Boom auf Pump. Die Deutschen erlebten ihre „Goldenen Zwanziger“. Das ging gut bis 1929. Dann platzte die Blase.

Weshalb haben die privaten Geldgeber, vor allem amerikanische Banken, das nicht gesehen?

Das lag an den Regelungen im Dawes-Plan. Nach dem Versailler Vertrag musste Deutschland zuerst seine Reparationszahlungen leisten, bevor es andere Schulden und Zinsen zahlen darf. Das führte alsbald dazu, dass kein privates Kapital mehr nach Deutschland

floss. Mit dem Dawes-Plan blieb die Erstrangigkeit der Reparationen zwar in Kraft, man umging sie aber mit einem Trick: Beim Umtausch in eine andere Währung als Reichsmark wurden private Auslandsgläubiger nun bevorzugt bedient. Ein solcher sogenannter Transfer- oder Investorenschutz ist international durchaus üblich. Praktisch bedeutete er aber, dass private Kredite aus dem Ausland nun durch öffentliche Gelder aus dem Ausland gesichert waren. Das setzte einen enormen Anreiz für die Kreditvergabe nach Deutschland: Private Kreditgeber konnten sich über hohe Zinsen freuen, trugen aber kaum ein Risiko.

Die Folge?

Bald wuchs der Schuldenberg so sehr an, dass auch die privaten Gläubiger Zweifel hatten, ob ihre Schuldner in Deutschland das Geld würden zurückzahlen können und im Krisenfall der Transferschutz glaubwürdig wäre. Das führte ab 1929 erneut in die Krise. Deutschland tanzte auf einem Vulkan, wie es Reichsaußenminister Gustav Stresemann 1929 formulierte.

Warum haben die Deutschen das Spiel mit weniger Krediten aufgenommen?

Die Deutschen wussten genau, dass der Boom auf Pump nicht nachhaltig ist, aber es interessierte sie nicht sonderlich. Man wollte die Reparationen ja ohnehin nicht bezahlen. Nach dem Dawes-Plan stiegen die Höhe jährlichen Reparationsleistungen bis 1929 stufenweise. Deutschland hatte also letztlich fünf Jahre Zeit gekauft. Immerhin kämpfte die Reichsbank unter der ersten Präsidentschaft von Hjalmar Schacht für einen Schuldendeckel auf Auslandskrediten von Ländern und Gemeinden, also eine Art Schuldenbremse, allerdings weitgehend ohne Erfolg.

War der Dawes-Plan also von Anfang an zum Scheitern verurteilt?

Er hätte funktionieren können, wenn die Weltkonjunktur nach 1928 weiterhin gebremst hätte. Aber so löste 1929 der Young-Plan den Dawes-Plan ab, und nun bekamen die Deutschen die Rechnung präsentiert. Es gab nur geringe Abschläge auf die Reparationslast. Vor allem aber waren die Zahlungen jetzt vorrangig zu leisten: dem schönen System des Transferschutzes zum Nachteil der Reparationsgläubiger wurde ein Riegel vorgeschoben. Ab jetzt wurde es zunehmend wahrscheinlich, dass es in Deutschland eine sehr



Goldene Zwanziger Jahre: Tanz am Berliner Wannsee an Neujahr 1925

© picture-alliance/dpa

große Zahlungsbilanzkrise geben würde. Staat und Banken hatten in fünf Jahren Auslandsschulden in Höhe von etwa 40 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung angehäuft. Das machte Deutschland zum damals weltgrößten Kapitalimporteur. Direkt oder über Umwege kamen diese Kredite aus den USA. Zu diesen kommerziellen Auslandsschulden kam noch einmal ein Exportüberschuss durch die Reparationen des Young-Plans. Exportüberschüsse gab es nicht.

Sie sprechen davon, dass sich Deutschland ab 1930 in einer Finanzkrise befand. Ist das vergleichbar mit der Situation Griechenlands nach 2010?

Deutschland hat von 1929 bis zur Finanzkrise 1931 ein ähnliches Szenario erlebt wie Griechenland in der Eurokrise. In beiden Ländern folgte nach dem Eintritt der Krise eine Deflations- und Austeritätspolitik. Sie ist in mancher Hinsicht vergleichbar, wengleich sie in Deutschland am Ende deutlich drastischer ausfiel. Der große Unterschied war das Nebeneinander von Reparationen und kommerziellen Auslandsschulden in Deutschland. Griechenland hingegen war vor allem auf den Kapitalmärkten und beim Bankensektor verschuldet.

Griechenland hat während der europäischen Finanzkrise nur Geld von den europäischen Staaten bekommen, wenn es harte Reformen durchführte. Beispielsweise wurden Löhne und Renten teils massiv gekürzt. War das 1924 auch für Deutschland eine Bedingung, um internationale Kredite zu bekommen?

Solche Forderungen wurden erhoben, aber erst unter dem Young-Plan ab 1930 durchgesetzt. Reichskanzler Heinrich Brüning lief am Gängelband der Zentralbanken Englands, Frankreichs und der USA – durchaus ähnlich wie die Griechen in der Eurokrise an der kurzen Leine der EZB.

Welche Rolle spielte der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse, also die Weltwirtschaftskrise?

Den Schwarzen Freitag gab es an der Berliner Börse schon am 13. Mai 1927, also knapp

zweieinhalb Jahre vor dem Börsenkrach in New York. Seitdem rutschten die Kurse. Deswegen sprechen wir in Deutschland noch heute vom Schwarzen Freitag, während man in Amerika von Black Thursday und Black Tuesday spricht, wenn man sich an 1929 erinnert. Schon im Mai 1929 war die Emission einer Reichsanleihe am Berliner Markt, die sogenannte Hilferding-Anleihe, krachend gescheitert. Seitdem herrschte in Deutschland Deflationspolitik, diktiert von der Reichsbank und ausgeführt von Rudolf Hilferding, dem SPD-Finanzminister. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht drängte ihn gegen Jahresende 1929 aus dem Amt, um einige Wochen später selbst zurückzutreten. Deutschland wäre wahrscheinlich auch ohne Weltwirtschaftskrise in eine Schuldenkrise geraten. Nur ein fortgesetztes starkes Wachstum der Exporteinnahmen hätte Deutschland in die Lage versetzt, seine Auslandsverbindlichkeiten aus Überschüssen zu bestreiten. Vielleicht war die Situation in Deutschland sogar ein Mitauflöser der globalen Krise. Schließlich war Deutschland 1929 immer noch die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Man stelle sich vor, heute würde eine ne Wirtschaftsman stelle sich vor, heute würde eine

»Die Deutschen wussten, dass der Boom auf Pump nicht nachhaltig ist.«

Albrecht Ritschl

ne Schuldenkrise geraten. Nur ein fortgesetztes starkes Wachstum der Exporteinnahmen hätte Deutschland in die Lage versetzt, seine Auslandsverbindlichkeiten aus Überschüssen zu bestreiten. Vielleicht war die Situation in Deutschland sogar ein Mitauflöser der globalen Krise. Schließlich war Deutschland 1929 immer noch die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Man stelle sich vor, heute würde eine ne Wirtschaftsman stelle sich vor, heute würde eine

Musste der Dawes-Plan also scheitern und in die Krise führen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es der Wirtschaft in Westdeutschland ab 1951 auf Dauer jene Exportüberschüsse zu erwirtschaften, die es ab den 1920er Jahren gebraucht hätte, um die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern zu erfüllen. Wir sprechen hier von zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den 1950er und 1960er Jahren lieferte Deutschland beispielsweise VW-Käfer in die ganze Welt. Aus ökonomischer Sicht ist das vergleichbar mit Sachleistungen zur Tilgung von Reparationspflichten. Der Unterschied liegt in den Eigentumsrechten an den Kapitalpositionen, die aus der Ausfuhr von Sachleistungen folgen, deren Rückzahlung von Westdeutschland bis heute aber nie eingefordert worden ist. Dass die Alliierten Deutschland nach 1945 ent-

schuldeten, war vermutlich entscheidend, setzte die richtigen Anreize. Bei diesen Entscheidungen spielten die negativen Erfahrungen mit Amerikas unglückseliger Dollardiplomatie der 1920er Jahre ihre Rolle.

Wie hätte die Reichsregierung auf die Kapitalzuflüsse reagieren und die Blase vermeiden können?

Die Geldströme, die zwischen 1924 und 1928 nach Deutschland flossen, waren weit höher als die Reparationszahlungen unter dem Dawes-Plan. Ein Großteil ging an die Länder und Kommunen: U-Bahnen, kommunaler Wohnungsbau, Sportstadien, Schwimmhallen und die vierspürige Schnellstraße von Köln nach Bonn, die heutige BAB 555, die der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer unter anderem mit amerikanischen Geldern bauen ließ. Die notorische Geldknappheit von Ländern und Gemeinden war eine Folge des zentralisierten Finanzsystems der Erbsbergerschen Steuerreform von 1920.

Liegt im Dawes-Plan der Ausgangspunkt für die harte Deflationspolitik von Reichskanzler Brüning ab 1930, die zum Aufstieg der Nationalsozialisten beitrug?

Diese Frage führt zur sogenannten Zwangslagenhypothese, die der Ökonom und Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vertreten hat. Demnach hatte Brüning kaum eine andere Wahl, als Staatsausgaben massiv zu kürzen und Steuern zu erhöhen, um den Haushalt auszugleichen angesichts der hohen Auslandsschulden, nachdem keine neuen Kredite



Albrecht Ritschl

ZUR PERSON

Albrecht Ritschl ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economics (LSE). Der Volkswirt wurde 1987 an der LMU München promoviert. 1998 habilitierte er dort. Ritschl hat zahlreiche viel zitierte Beiträge über die NS-Wirtschaftspolitik verfasst sowie über die Wirtschaft der Zwischenkriegszeit 1918-1939.

mehr aus dem Ausland flossen. Die Alternative wäre gewesen, auf die eine oder andere Weise aus dem Young-Plan auszusteigen. Das war der Plan Schachts, seit 1930 Privatmann auf dem Weg zur extremen Rechten. Die Regierung Brüning versuchte, dasselbe auf dem Verhandlungswege und durch Wohlverhalten gegenüber England und den USA zu erreichen. Das schloss die Abwertung der Reichsmark politisch aus, nicht zuletzt weil Reparationen und Auslandsschulden in Goldmark zu zahlen waren und das Ausland die deutschen Währungsmanipulationen während der Hyperinflation noch im Gedächtnis hatte.

Handelte Brüning alternativlos?

Er hätte auch den Forderungen der extremen rechten und linken Parteien folgen können, die forderten, Reparationen und Auslandsschulden einfach nicht zu zahlen. So lautete nach 2010 in Griechenland auch der Vorschlag des damaligen Finanzministers Yanis Varoufakis.

Hätte Brünings Sparpolitik Erfolg gehabt, wenn Reichspräsident Hindenburg ihn 1932 nicht entlassen hätte?

Die Legislaturperiode lief eigentlich bis September 1934. Es gelang Brüning in Vorbereitung der Konferenz von Lausanne im Juni 1932, die Alliierten dazu zu bewegen, auf weitere Reparationszahlungen weitgehend zu verzichten. Diesen Verhandlungserfolg fuhr aber sein Nachfolger ein, der sonst glücklos und autoritär regierende Franz von Papen. Unmittelbar nach der Lausanner Konferenz sprangen die wichtigen Konjunkturindikatoren wieder nach oben. Davon profitierte dann ab 1933 Hitler, der in den begonnenen Wirtschaftsaufschwung 1933 hinein an die Macht kam.

Deutschnationale und wölkische Gruppierungen bezeichneten den Dawes-Plan als „zweites Versailles“, von einer „Versklavung“ des deutschen Volks war die Rede. Lässt sich das angesichts der Reparationslast nachvollziehen?

Das ist tatsächlich falsch. Der Dawes-Plan bestand im Wesentlichen aus einer Stundung der Reparationspflichten und einem Kredithebel. Er erlaubte den Deutschen, ihre Leistungen für fünf Jahre auf die lange Bank zu schieben. Tatsächlich haben im wesentlichen die USA den kurzlebigen deutschen Wiederaufschwung finanziert.

Neben dem Dawes-Plan gilt auch die Rentenmark als ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Stabilität Mitte der 1920er Jahre. Welchen Beitrag hat diese an Grund und Boden gekoppelten Währung im Vergleich zum Dawes-Plan geleistet?

Die Rentenmark sollte als Anker für die Währung dienen. Die Reichsbank konnte die Mark nicht mehr ohne die Gefahr eines großen deflationären Schocks an das Gold binden, weil sie dafür zu geringe Goldbestände hatte. Also wurde mit der Rentenmark ein neues Geld emittiert, das anders als die Papiermark nicht beliebig vermehrt werden konnte, weil es über Grundschulden an Immobilienwerte gebunden war. Ob die Rückkehr zum Gold und der Dawes-Plan allein zum Erfolg geführt hätten, wenn nicht zugleich diese besondere Währungsreform stattgefunden hätte, kann man bezweifeln. Die Zeitgenossen jedenfalls haben sich darüber gestritten wie die Kesselflicker.

Das Gespräch führte Stephan Balling.

STICHWORT

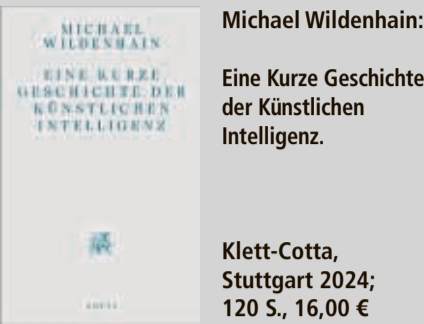
Wie die Alliierten 1924 der Weimarer Republik halfen

> **Der Absturz** Die Deutschen waren im Frühjahr 1924 ein gebeuteltes Volk. 1914 hatte das Kaiserreich noch siegesgewiss den Ersten Weltkrieg (mit) angezettelt, doch 1918 folgte die bedingungslos Kapitulation, der totale Absturz. 1923 dann die Hyperinflation, alltägliche Güter kosteten astronomische Summen. Dazu kam die hohe Last der Reparationszahlungen als Wiedergutmachung für die Angriffskriege 1914 an die Siegerstaaten des Krieges.

> **Der Dawes-Plan** Eine Kommission unter Leitung des amerikanischen Bankers und Politikers Charles Dawes legte am 9. April 1924 einen Plan vor, demzufolge Deutschland nur noch so viel zahlen sollte, wie es volkswirtschaftlich verkraftete. Festgelegt wurde eine jährliche Zahlung von 2,5 Milliarden Reichsmark, aber erst ab 1929. Bis dahin sollte die Last langsam anwachsen. Zugleich musste Deutschland die Reichsbahn für 800 Millionen Goldbank verpfänden und die Reichsbank unter internationale Kontrolle stellen.

> **Hoher Kapitalzufluss** Der Dawes-Plan sah einen sogenannten Transferschutz vor: Private Kredite aus dem Ausland wurden abgesichert, die Reichsbank durfte Devisen für sie vorrangig vor den Reparationszahlungen nutzen. Das führte zu hohen Zuflüssen an ausländischen Krediten, wie der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl im Interview beschreibt.

KURZ REZENSIRT



Michael Wildenhain:
Eine Kurze Geschichte der Künstlichen Intelligenz.
Klett-Cotta, Stuttgart 2024; 120 S., 16,00 €

ChatGPT steht wie vielleicht keine andere Anwendung für den Hype um die Künstliche Intelligenz (KI). Der Textgenerator von OpenAI ist in der Lage, verblüffend menschlich wirkende Texte zu generieren und beispielsweise Programmiercode zu schreiben. Doch bleibt es nur dabei oder wird die KI in Zukunft ihren Schöpfer übertrumpfen? Die Vorstellung des Aufstands der Maschinen befeuert nicht nur die Populärkultur („Terminator“, „Matrix“), sondern hat in Form der Singularitätstheorie auch Anhänger in der Tech-Szene. Der Schriftsteller Michael Wildenhain hält davon wenig. „Aus sich heraus eine Intention zu entwickeln, zum Beispiel, die Weltherrschaft zu übernehmen, liegt dem Chatbot oder dem KI-System fern“, heißt es an einer Stelle in seinem Buch „Eine kurze Geschichte der Künstlichen Intelligenz“.

Wildenhain interessiert sich in seinem in drei Aufzügen organisierten Text weniger für die konkrete Technikgeschichte, die Entwicklung von Hardware und Algorithmen. Vielmehr lässt er zunächst Goethes Homunkulus aus „Faust II“ und Mary Shelleys Frankenstein auftreten, um Grundmotive der Diskussion um KI herauszuarbeiten. Der zweite Aufzug nimmt dann führende Köpfe der (frühen) KI-Entwicklung in den Blick. Alan Turing und der nach ihm benannte Turing-Test werden diskutiert. Ebenso befasst sich Wildenhain mit Ansätzen des Kognitivismus – grob: Das Gehirn funktioniert wie ein Digitalcomputer – und des Konnektivismus – grob: Das Gehirn kann nachgebaut werden – und deren Verständnis von (menschlicher) Intelligenz. Bei aller Vagheit des Intelligenzbegriffes, den Maschinen möchte Wildenhain diese Eigenschaft nicht zuschreiben. Auch die Möglichkeit, ein Bewusstsein zu entwickeln, sieht er als unmöglich an. Am Ende bleibt vom Begriff der Künstlichen Intelligenz in Wildenhains Lesart nicht viel übrig. Der technische Fortschritt mag noch verblüffende Entwicklung bereithalten, aber: „Androiden und Chatbots werden ‚klüger‘, Menschen werden sie nicht.“ Das ist doch einigermaßen beruhigend.



Werner Sonne:
Israel und wir. Geschichte einer besonderen Beziehung.
C.H. Beck, München 2024; 212 S., 23,00 €

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel kam die Rede wieder einmal auf eine viel diskutierte Formel: Israels Sicherheit, sie sei deutsche „Staatsräson“. Was darunter zu verstehen ist, wie die aus der historischen Verantwortung Deutschlands angesichts des Holocaust sich ableitende Solidarität mit dem Staat der Juden aussieht, das blättert Werner Sonne in seinem Buch „Israel und wir“ auf. Als langjähriger ARD-Fernsehjournalist und Korrespondent kann er dabei aus eigenem Erleben, aus zahlreichen Gesprächen mit Politikern, Diplomaten, Vertretern aus Armee, Polizei und Geheimdiensten schöpfen und weite Bögen schlagen. So sieht er etwa frappierende Parallelen zwischen dem Jom-Kippur-Krieg vor 51 Jahren und dem Hamas-Überfall auf Israel vom 7. Oktober 2023.

Das lesenswerte Buch beleuchtet eine wechselvolle Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen: „Staatsräson“ – das hieß eben oft auch, die Sicherheit Israels ganz konkret mit Waffenlieferungen zu hinterlegen, insbesondere mit U-Booten aus deutschen Werften, die dem Land mit seiner atomaren strategischen Ambiguität die Zweitschlagfähigkeit verschaffen sollten. Sonne fördert denkwürdige Umstände der Anbahnung von so manchen Rüstungsgeschäften, von Geheimdienstkooperationen zwischen BND und Mossad zu Tage, bei denen die deutsche Seite offenbar häufiger bereit gewesen ist, ein Auge zuzudrücken. Wiederkehrend wirft er deshalb auch die Frage auf, ob der Rückhalt für Israel grenzenlos sein kann. So thematisiert er die Vorwürfe, in Deutschland schaue man beim Schicksal der Palästinenser, aktuell beim Leid in Gaza, nicht so genau hin. Zu den Stärken des Buches gehört ein unbestechlicher Blick, der sich von der Hitzigkeit so mancher Debatte – was ist legitime Kritik an Israels Politik, wo beginnt Antisemitismus? – nicht anstecken lässt.



Klare Kante: Aktion gegen Rassismus im Weserstadion vor dem Bundesliga-Spiel des SV Werder Bremen gegen Eintracht Frankfurt am 30. März

© picture-alliance/nordphoto GmbH/Kokenga

Probleme mit dem R-Wort

GESELLSCHAFT Gilda Sahebi begibt sich auf die Spuren des Rassismus in Deutschland bis ins Kaiserreich

Es ist nicht lange her, da stand das Wort „rassistisch“ in Deutschland auf einer Art Index. Noch als in den 1990er Jahren von Hoyerswerda über Rostock bis nach Mölln und Solingen immer wieder Menschen in ihren Häusern angegriffen wurden, war unisono von „ausländer-“ oder „fremdenfeindlichen“ Anschlägen die Rede. Die von der Ampel-Regierung eingesetzte Staatsministerin Reem Alabali-Radovan ist die erste Beauftragte für Antirassismus und der von ihr 2023 vorgestellte Lagebericht zu „Rassismus in Deutschland“ der erste seiner Art. Normal ist das Sprechen über Rassismus aber deswegen noch lange nicht, argumentiert nun Gilda Sahebi in einem Buch, das der seit Jahren geführten Debatte über die Migrationsgesellschaft durchaus ein paar neue Aspekte hinzufügt. Es beginnt mit einer Anekdote, wie die iranisch-deutsche Journalistin mehrmals wüste Beschimpfungen in sozialen Medien wie in der Boulevardpresse erlebte, wenn sie „rassistische Debatten“ beschrieb: „Rassismus gibt es nicht, und wer das Gegenteil behauptet, hasst Deutschland (oder die Deutschen)“, sei eine weitverbreitete Auffassung konstatiert Sahebi und fügt an: „Eine einigermaßen kühne Schlussfolgerung.“

Denn natürlich ist hinlänglich belegt, dass es Rassismus gibt. Und zwar nicht, weil Menschen sich in Rassen einteilen ließen – das lassen sie sich nicht –, sondern weil manche Gruppen aufgrund bestimmter Merkmale für weniger wert erklärt, diskriminiert und ausgegrenzt werden. Welche Merkmale das sind, und wie stark Rassismen wirken, wird von der jeweiligen Gesellschaft bestimmt. Wenn Sahebi schreibt, dass Rassismus „nichts Außergewöhnliches“ ist, ist das ein so klares wie im Grunde auch unaufgeregtes Statement. Wir alle lernen Rassismus – oder, wie der Titel ihres Buchs nahelegt, wir bringen ihn uns bei. Wie weit das geht, illustriert die Erzählung einer Stanforder Sozialpsychologin: Als ihr fünfjähriger Sohn auf einer Reise einen schwarzen Mann erblickt, löst das bei ihm gleich zwei Reaktionen aus: 1. Der sieht ja aus wie Papa. 2. Hoffentlich raubt er nicht das Flugzeug aus. Sahebi spürt jedoch statt den weit besser erforschten US-amerikanischen den spezifisch deutschen Rassismen nach. Wie alle

Kolonialmächte rechtfertigte auch Deutschland die Etablierung ausbeuterischer Strukturen damit, es gäbe ein höhergestelltes „Wir“ und ein minderwertiges „Die“. Anders als anderswo galt das nicht nur in Übersee, sondern auch in Osteuropa, wo die deutsche Landnahme begann, lange bevor Adolf Hitler den Raum von Polen bis Russland zum „deutschen Indien“ erklärte. Der Rückblick in das Kaiserreich illustriert die Entstehung des bis heute zentralen Begriffes des „Volkes“ ebenso wie das typisch deutsche Abstammungsrecht „ius sanguinis“, das allein die „Blutszugehörigkeit“ betrachtet, und das erst 2000 durch das Geburtsortprinzip (ius soli) ergänzt wurde. Die Analyse der Expansionspolitik in Osteuropa legt aber auch Rassismen offen, auf die auch in Deutschland oft nur selbstorganisierte Gruppen aufmerksam machen: Es gibt auch antislawischen, antipolnischen, anti-russischen Rassismus. Damit ist im Grunde bereits gesagt, dass menschenfeindliche Ideologien in einem breiteren Kontext als oft üblich besprochen

werden. Nach dem 7. Oktober 2023 gilt das zumal. Das Buch ist aktuell genug, um auch die seither noch stärker polarisierte Debatte kritisch zu beleuchten. Die Unterstützung von Palästinensern sei möglich, ohne Antisemitismus zu verbreiten, schreibt Gilda Sahebi, ebenso wie die Unterstützung von Israel ohne gleichzeitigen Rassismus. Macht sie es sich hier ein bisschen einfach, fragt man sich, doch ein Beleg folgt: Ein Beitrag des „Süddeutsche Zeitung“-Journalisten Ronen Steinke, der angesichts von Pro-Hamas-Demonstrationen in Berlin ein hartes Eingreifen des Rechtsstaats fordert, ohne in eine stereotype Erzählung zu verfallen.

Kritik an Steinmeier Als weniger ausgewogen identifiziert Sahebi die beiden Reden, mit denen sich nach dem Massaker der Hamas Wirtschaftsminister Robert Habeck und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Wort meldeten. Während Habeck an die „hier lebenden Muslime“ appellierte, adressierte der Bundespräsident „die Menschen mit palästinensischen und arabischen Wurzeln“, jeweils mit der Aufforderung, sie sollten sich von Antisemitismus distanzieren. Das Buch zitiert dazu unter anderem einen treffenden Twitter/X-Post des „Zeit“-Journalisten Yassin Mus-

harbash, der seit mehr als 20 Jahren so kritisch und fundiert wie kaum ein anderer islamischen Extremismus analysiert: Er sei so ein Mensch mit arabischen Wurzeln, und: „Fürs Protokoll: Ich fühle mich ausgegrenzt. Danke für nichts.“

Erstaunlich kurz gerät die Analyse der Wahlerfolge der AfD. Das abschließende Plädoyer Sahebis, sich nicht nur zum Schutz von Minderheiten für Demokratie zu engagieren, lässt sich indes nur in Zusammenhang mit diesen lesen: „Es braucht Menschen, die verstehen, dass der Einsatz gegen Rassismus, gegen Menschenfeindlichkeit, für sie selbst ist.“ Denn setze sich die Mehrheit nicht für eine vielfältige, freie Gesellschaft ein, werde es diese nicht mehr lange geben.

Welche Rassismen wirken und wie stark, wird von der Gesellschaft bestimmt.

Gilda Sahebi:
Wie wir uns Rassismus beibringen. Eine Analyse deutscher Debatten.
S. Fischer, Frankfurt/M. 2024; 464 S., 26,00 €

Ein Opfer auf dem Altar des Wachstums

ERDERWÄRMUNG Jens Beckert fällt ein pessimistisches Urteil über den Klimaschutz

Warum sind Gesellschaften nicht in der Lage, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten? Jens Beckert gibt auf die Leitfrage seines hervorragenden Buches „Verkaufte Zukunft“ eine ebenso klare wie schlichte Antwort: Die Macht- und Anreizstrukturen der kapitalistischen Moderne und ihre Steuerungsmechanismen blockieren eine Lösung des globalen Wachstumsproblems. Reichtum und Wachstum unserer Gesellschaften, so konstatiert der Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, resultierten aus einem enormen Ressourcenverbrauch: Allein in den vergangenen 30 Jahren habe sich der globale Materialeinsatz verdreifacht. Auch grundlegende soziale Probleme wie Armut und Ungleichheit, das Handeln der Konsumenten und die unterschiedlichen Wirtschaftslagen zwischen dem wohlhabenden Norden und dem Globalen Süden verhindern eine Reduzierung der Erderwärmung. Der Wirtschaft wirft der Wissenschaftler vor, „das Gemeinschaftsgut der natürlichen Umwelt“, am Markt mit Gewinn zu verkaufen und zu zerstören. Ungeachtet der internationalen Klimaabkommen gelangt Beckert zu einem pessimistischen Urteil: „Die Maßnahmen, die erforderlich sind, werden nicht getroffen.“ Global betrachtet würden auch 2050 rund 60 Prozent des

Energiebedarfs aus fossilen Energiequellen gedeckt werden. Detailliert beschreibt er die Bemühungen für eine Dekarbonisierung, macht aber gleichzeitig deutlich, dass „auch dieser Weg nicht zu einer angemessenen Reaktion führt“.

Umweltschädliche E-Autos Ein auf Wachstum und Gewinn hin angelegtes Wirtschaftssystem bleibe dauerhaft auf Energieverbrauch und Ressourcennutzung angewiesen. Auch die Batterien für E-Autos benötigten Rohstoffe, die im Globalen Süden mit umweltschädlichen Prozessen gefördert würden. Und die dort Regierenden seien nicht bereit, auf weitere Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Ressourcen zu verzichten. Allein dadurch könnten sie die Ar-

mut in ihren Ländern bekämpfen und Sozialprogramme finanzieren. Beckerts Analyse überzeugt durch ihren realistischen Blick, lässt den Leser jedoch nicht ohne Hoffnung zurück. Allen Bedenken zum Trotz setzt der Autor auf die internationalen Vereinbarungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Auf diese Weise würde zumindest Zeit gewonnen, um in den Gesellschaften „vielleicht“ ein Bewusstsein für notwendige Verhaltensänderungen zu entwickeln. Zugleich zeigt er die Strategien der Wirtschaft auf, an der Klimakrise Geld zu verdienen und Klimaktivisten zu diffamieren. Ebenso überzeugend lehnt Beckert die These von der Notwendigkeit einer „Klimadiktatur“ ab. Stattdessen zeigt er der Politik Handlungswege auf. Sein Fazit lautet: Die Zustimmungsbereitschaft der Wähler für Maßnahmen zur Klimaanpassung seien höher als bei Maßnahmen zum Klimaschutz. „Politisch kluges Handeln muss auch berücksichtigen, dass sich Einstellungen zur Klimapolitik zwischen sozialen Gruppen unterscheiden.“ Die Zustimmung steige, wenn die Belastungen sozial ausgeglichen würden. Beckerts Buch, das auch für den Preis der Leipziger Buchmesse 2024 nominiert war, ist wärmstens zur Lektüre empfohlen.



Jens Beckert:
Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.
Suhrkamp, Berlin 2024; 238 S., 28,00 €



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2025

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2025 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 8. Juli 2024
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



E-Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

AUFGEKEHRT

Am Anfang war die Theorie

Der Vatikan hat dieser Tage eine längliche Erklärung zu der Frage veröffentlicht, was aus seiner Sicht alles „schwere Verstöße gegen die Menschenwürde“ sind.

Natürlich? Manch vorschneller Kritiker mag darin den Versuch Roms sehen, die kritische Infragestellung der vom Vatikan mit geschaffenen patriarchalen und göttlichen Ordnung zu diskreditieren.

Doch auf einen zweiten Blick scheint klar: Es geht um akademische Eitelkeiten, den Glaubensgelehrten stößt auf, dass die Arbeit ihrer Vorfahren nicht anerkannt wird.

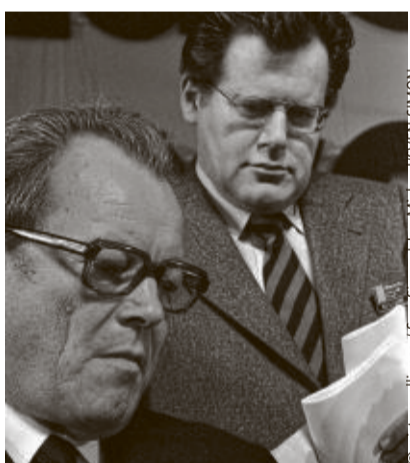
Die moderne Gender-Theorie behauptet, ganz grob gesagt, dass Geschlecht eine menschengemachte Sache ist, also im Grunde ausgedacht.

Als Geschenk hat der israelische Parlamentspräsident ein schwarzes Fotoalbum mitgebracht. In silbernen Lettern steht „Memory Fragments“ (auf Deutsch „Erinnerungsfragmente“) auf dem Einband.

VOR 50 JAHREN...

Verhängnisvolle Grüße

24.4.1974: Günter Guillaume festgenommen Am 24. April 1974 klingeln um 6.32 Uhr Beamte des Bundeskriminalamtes an einer Haustür in Bad Godesberg.



Guillaume (r.) mit Brandt 1973

Guillaume und seine Frau Christel werden als DDR-Spione verhaftet. Es ist der Anfang vom Ende von Brandts Kanzlerschaft.

Die Guillaumes kamen Mitte der 50er Jahre in den Westen. Als DDR-Flüchtlinge getarnt ließen sie sich in Frankfurt nieder, engagierten sich in der SPD. Sie wurde Büroleiterin eines Abgeordneten.

Brandt erfuhr von der Festnahme am selben Tag nach der Rückkehr von einem Staatsbesuch in Ägypten. Die politische Dimension war dem Kanzler nicht gleich klar.

ORTSTERMIN: BESUCH DES ISRAELISCHEN PARLAMENTSPRÄSIDENTEN



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und ihr israelischer Kollege Amir Ohana gedenken der Opfer des Holocausts am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte.

Seite an Seite

Als Geschenk hat der israelische Parlamentspräsident ein schwarzes Fotoalbum mitgebracht. In silbernen Lettern steht „Memory Fragments“ (auf Deutsch „Erinnerungsfragmente“) auf dem Einband.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die das Album von ihrem israelischen Amtskollegen Amir Ohana am vergangenen Montag im Reichstag überreicht bekam, blättert mit ihm gemeinsam durch die Seiten.

des Holocausts am Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Gegenstand des Treffens waren auch Gespräche über die aktuelle Lage im Nahen Osten. Die israelische Regierung steht zunehmend unter Druck: Nicht nur im Land demonstrieren zehntausende Israelis gegen die Regierung und fordern Verhandlungen mit der Hamas.

Bas hielt sich am Montag mit Kritik zurück. In ihrem Pressesstatement im Anschluss an das Gespräch der beiden Parlamentspräsidenten versicherte sie: „Israel kann sich auf Deutschland verlassen“.

Auch für das Handeln Israels im Konflikt äußerte Bas Verständnis. Denn Israel würde mit seinem Vorgehen das Ziel verfolgen, vergleichbare Angriffe der Hamas wie den vom 7. Oktober 2023 auf Dauer zu verhindern.

Ohana dankte der Bundesrepublik für die Unterstützung. Er forderte nicht nur von Deutschland, sondern von der gesamten „freien Welt“, die Rückführung der Geiseln weiterhin zu unterstützen.

Bezüglich der Hamas, die Ohana als „Feinde des Friedens und der freien Welt“ bezeichnete, sagte er: „Wir müssen die Hamas vernichten, um jede einzelne Geisel zu ihrer Familie zurückzubringen“.

LESERPOST

Zur Ausgabe 13-15 vom 23. März 2024; „Das Kreuz mit der AfD“, Seite 9: Natürlich darf die katholische Kirche davor warnen, die AfD zu wählen.

Rolf Schikorr, Berlin

Zur Ausgabe 13-15 vom 23. März 2024; „Wohnen im Gewerbegebiet“, Seite 2: Dem Plädoyer für eine großzügige Überbauung von oft nur einstöckigen Gewerbehallen und ausgedehnten Parkplätzen in Gewerbegebieten ist zuzustimmen.

„grünen Wiese“ würde sich teilweise erübrigen. Die antiquierte Trennung in Gewerbe- und Wohngebiete sollte modifiziert werden.

Nikolaus Geiler, Freiburg im Breisgau

Zur Ausgabe 13-15 vom 23. März 2024; „Gerhard Schröder wird 80“, Seite 12: Der lupenreine Sozialdemokrat und Altkanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin sind nach wie vor ziemlich beste Freunde.

im Krieg zwischen Russland und der Ukraine erfolgreich zu vermitteln.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 27. April.

PERSONALIA

>Sylvia Lehmann Bundestagsabgeordnete seit 2019, SPD

Am 23. April wird Sylvia Lehmann 70 Jahre alt. Die Ingenieurökonomin aus Märkische Heide/Kreis Dahme-Spreewald, SPD-Mitglied seit 1990, war von 2004 bis 2019 Abgeordnete im Brandenburgischen Landtag.

>Walter Kolbow Bundestagsabgeordneter 1980-2009, SPD

Am 27. April begeht Walter Kolbow seinen 80. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Würzburg trat 1967 der SPD bei, war von 1992 bis 2008 unterfränkischer Bezirksvorsitzender und von 1999 bis 2007 stellv. SPD-Vorsitzender in Bayern.

>Günter Verheugen Bundestagsabgeordneter 1983-1999, SPD

Am 28. April wird Günter Verheugen 80 Jahre alt. Der Journalist, FDP-Mitglied seit 1960, wurde 1978 Generalsekretär seiner Partei. Im Herbst 1982 trat er nach dem Koalitionswechsel der FDP zur SPD über und amtierte von 1993 bis 1995 als deren Bundesgeschäftsführer.

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 24. - 26.04.2024

Pränataltests (Mi), 20 Jahre EU-Osterweiterung (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.



PERSONALIA

>Theo Waigel Bundestagsabgeordneter 1972-2002, CSU

Theo Waigel, ehemaliger Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzender, vollendet am 22. April sein 85. Lebensjahr. Der aus Oberrohr im vormaligen Kreis Krumbach stammende Rechtsanwalt trat 1960 der CSU bei, war von 1971 bis 1975 Landesvorsitzender der Jungen Union in Bayern.

Mit Kohl und Wolfgang Schäuble zählt Waigel zu den Gestaltern der Wiedervereinigung. In seine frühe Amtszeit fielen die Verhandlungen mit der DDR über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die Beratungen über die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung.

>Peter Keller t Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990-1998, CSU

Am 22. März starb Peter Keller im Alter von 86 Jahren. Der Diplom-Ingenieur aus Zellingen/Kreis Main-Spessart trat 1958 der CSU bei, hatte verschiedene Parteiämter auf Kreis- und Bezirksebene inne und war fast zwei Jahrzehnte Gemeinde-, Kreis- und Bezirksrat.

>Matthias Wissmann Bundestagsabgeordneter 1976-2007, CDU

Matthias Wissmann begeht am 15. April seinen 75. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Ludwigsburg trat 1968 der CDU bei, war von 1973 bis 1983 Bundesvorsitzender der Jungen Union und gehörte von 1975 bis 2007 dem CDU-Bundesvorstand an.

>Hubert Kleinert Bundestagsabgeordneter 1983-1986, 1987-1990, Die Grünen

Am 19. April wird Hubert Kleinert 70 Jahre alt. Der Sozialwissenschaftler aus Marburg trat 1982 den „Grünen“ bei und war von 2000 bis 2002 hessischer Landesvorsitzender. Von 1987 bis 1989 amtierte er der führende Vertreter des realpolitischen Flügels als Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion.

>Ulla Burchardt Bundestagsabgeordnete 1990-2013, SPD

Am 22. April wird Ulla Burchardt 70 Jahre alt. Die Diplom-Pädagogin aus Dortmund schloss sich 1976 der SPD an, war Mitglied des dortigen Unterbezirksvorstands und des Bezirksvorstands Westliches Westfalen. Von 2002 bis 2013 gehörte sie dem SPD Parteivorstand an.

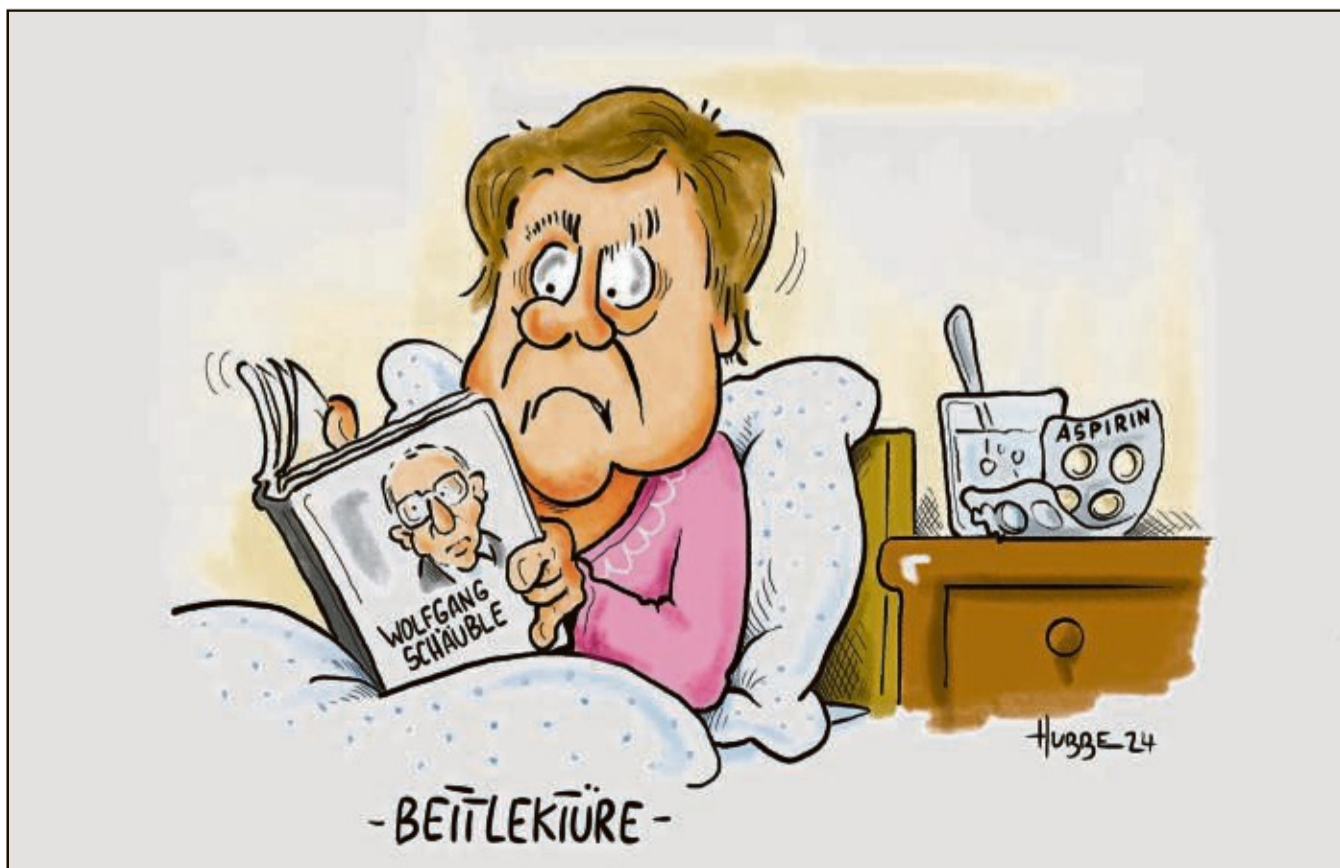
>Ortrun Schätzle Bundestagsabgeordnete 1989-1998, CDU

Ortrun Schätzle vollendet am 20. April ihr 90. Lebensjahr. Die Studienrätin aus Schopfheim, CDU-Mitglied seit 1975, war Mitglied des Bezirksvorstands Südbaden und des CDU-Landesvorstands Baden-Württemberg. Von 1989 bis 1997 amtierte sie als Vorsitzende des dortigen Stadtverbands.

>Frank Hofmann Bundestagsabgeordneter 1994-2013, SPD

Frank Hofmann wird am 21. April 75 Jahre alt. Der Kriminaloberrat aus Volkach/Kreis Kitzingen trat 1975 der SPD bei und amtierte von 2008 bis 2014 als unterfränkischer Bezirksvorsitzender. Von 1998 bis 2014 war er Kreisrat in Kitzingen. Im Bundestag wirkte Hofmann im Finanz- sowie im Innenausschuss mit.

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Gerechte Schul-Bildung

Das Start-Chancen-Programm



Diese Woche hat der Bundestag über das Thema Schule gesprochen.

Es ging darum, wie möglichst viele Schüler eine gute Schul-Bildung bekommen können.

Dabei soll ein Projekt helfen.

Es hat den Namen:
Start-Chancen-Programm.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist Bildungs-Gerechtigkeit?
- Was ist das Start-Chancen-Programm?
- Welche Meinungen gibt es dazu?

Was ist Bildungs-Gerechtigkeit?

Bildungs-Gerechtigkeit ist ein Fach-Wort aus dem Bereich Schule.

Es bedeutet:

Alle Kinder in einem Land haben die gleichen Möglichkeiten für eine gute Schul-Bildung.



Folgende Dinge sind dabei zum Beispiel egal:

- Welches Geschlecht ein Kind hat.
- Wie viel Geld seine Eltern verdienen.
- Ob die Eltern aus einem anderen Land kommen.

Ob ein Kind in der Schule zurechtkommt, hängt nur von seinen Fähigkeiten ab.

Die Möglichkeiten für die Schul-Bildung sind also unter allen Kindern gerecht verteilt.

Daher kommt auch der Begriff: Bildungs-Gerechtigkeit.



Fehlende Bildungs-Gerechtigkeit

In Deutschland gibt es ein Problem.

Eigentlich soll es auch hier Bildungs-Gerechtigkeit geben.

Forscher finden aber immer wieder heraus:

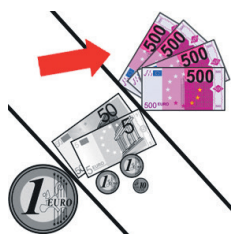
Dieses Ziel wird nicht erreicht.

Nicht alle Kinder in Deutschland haben dieselbe Möglichkeit, eine gute Schul-Bildung zu bekommen.



Wie gut ein Kind in der Schule zurechtkommt, hängt zum Beispiel sehr stark von seiner Familie ab.

Eine bessere Schul-Bildung bekommen zum Beispiel oft Kinder aus folgenden Familien:

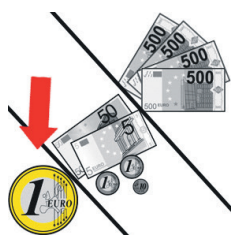


- Familien mit viel Geld
- Familien, in denen die Eltern eine gute Ausbildung hatten. Zum Beispiel, weil sie auf der Uni waren.

Diese Kinder haben oft bessere Noten.

Sie gehen öfter aufs Gymnasium. Sie lernen später öfter einen Beruf, bei dem sie viel Geld verdienen.

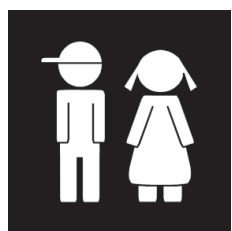
Eine schlechtere Schul-Bildung bekommen zum Beispiel oft Kinder aus folgenden Familien:



- Familien mit wenig Geld
- Familien, in denen die Eltern keine so gute Ausbildung hatten.
- Familien, in denen die Eltern aus einem anderen Land kommen.

Diese Kinder haben oft schlechtere Noten.

Sie gehen seltener aufs Gymnasium. Sie lernen später öfter einen Beruf, bei dem sie wenig Geld verdienen.



Außerdem stellen die Forscher auch fest:

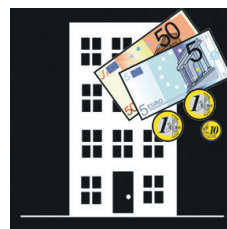
Mädchen bekommen oft eine bessere Schul-Bildung als Jungen.

Das Start-Chancen-Programm als Lösung

In Deutschland gibt es also Probleme mit der Bildungs-Gerechtigkeit.

Dagegen soll etwas unternommen werden.

Deswegen haben die Bundes-Regierung und die Bundes-Länder das Start-Chancen-Programm vereinbart.



Die Idee dabei ist:

Bestimmte Schulen bekommen mehr Geld vom Staat.

Damit können sie ihre Arbeit verbessern.

Und zwar so, dass alle Schüler dieselben Möglichkeiten für eine gute Schul-Bildung bekommen.

Wie viel Geld bekommen die Schulen?



Insgesamt bekommen die Schulen 20 Milliarden Euro.

Dieses Geld wird innerhalb von 10 Jahren ausgezahlt.

Jedes Jahr sind es also 2 Milliarden Euro.

Welche Schulen bekommen das Geld?

Ungefähr 4000 Schulen in Deutschland sollen das Geld bekommen.

Und zwar vor allem Grund-Schulen. Aber auch Schulen für ältere Schüler.

Das Geld wird auf eine ganz bestimmte Weise verteilt.

Und zwar sollen die Schulen das Geld bekommen, die es am dringendsten brauchen.

Dafür wird geschaut: Welche Schulen haben besonders viele Schüler, die Unterstützung brauchen?

Das Ziel ist: Das Geld soll genau dort ankommen, wo es gebraucht wird.

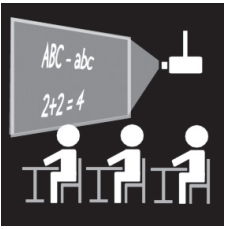
So sollen die Schulen an den richtigen Stellen verbessert werden.



Wofür soll das Geld ausgegeben werden?

Das Geld soll vor allem für 3 Dinge ausgegeben werden:

1. Bessere Ausstattung der Schulen



Mit einem Teil vom Geld sollen die Schulen ihre Räume verbessern.

Schulen sollen zu modernen Lern-Orten umgebaut werden.

Sie sollen zum Beispiel gut ausgestattete Klassen-Räume haben.

2. Eigene Ideen



Mit einem Teil vom Geld können die Schulen ihre eigenen Ideen für einen besseren Unterricht umsetzen.

Dabei können sie alles machen, was sie für richtig halten.

Sie können zum Beispiel zusätzliche Kurse für Schüler anbieten, die Unterstützung brauchen.

3. Mitarbeiter an den Schulen



Mit einem Teil vom Geld können die Schulen neue Mitarbeiter einstellen.

Damit sind aber keine Lehrer gemeint.

Es geht um Mitarbeiter, die die Lehrer unterstützen.

Zum Beispiel Mitarbeiter, die Schüler und ihre Familien beim Alltag helfen.

Wann geht es los?

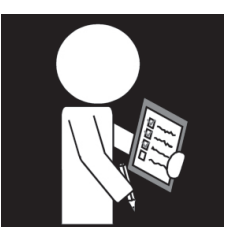


Das Geld soll ab dem 1. August 2024 ausgezahlt werden.

Also am Anfang vom neuen Schul-Jahr.

Es wird dann bis zum Jahr 2034 ausgezahlt.

Begleitung durch Forscher



Die Veränderungen in den Schulen werden von Forschern untersucht.

Sie sollen schauen:

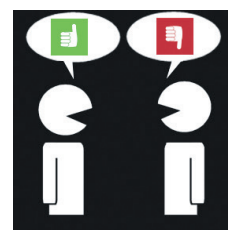
- Was funktioniert gut?
- Was muss man verbessern?

Denn:

In Zukunft will man die Schulen weiter verbessern.

Die Erfahrungen aus den nächsten 10 Jahren sollen dabei helfen.

Meinungen zum Start-Chancen-Programm



Zum Start-Chancen-Programm gibt es verschiedene Meinungen.

Grundsätzlich finden es viele Experten und Politiker gut, wenn mehr Geld für Schulen ausgegeben wird.

Es wird auch gelobt, dass es das Geld 10 Jahre lang geben soll.

Denn dann können die Schulen ihre Arbeit auf Dauer verbessern.

Und es wird gelobt, dass das Geld an die Schulen gehen soll, die es am dringendsten brauchen.

Allerdings gibt es die Kritik, dass die Regeln dafür noch nicht gut funktionieren.

Dass das Geld also nicht immer dorthin geht, wo man es am dringendsten braucht.

Auch andere Kritik gibt es.

Hier ein paar Beispiele dafür:

Zu wenig Geld

Eine Kritik lautet: 20 Milliarden Euro in 10 Jahren reichen nicht.

Die Schulen brauchen mehr Geld, um für Bildungs-Gerechtigkeit zu sorgen.

Saskia Esken ist die Chefin der Partei SPD.

Sie hat zum Beispiel gefordert:

Eigentlich müsste man 100 Milliarden Euro ausgeben.



Wichtigere Probleme

Eine weitere Kritik lautet:

Durch das Geld werden gar nicht die wichtigsten Probleme der Schulen gelöst.

Es müssten eigentlich andere Dinge getan werden, um die Schulen zu verbessern.

Zum Beispiel:



Es müsste mehr Lehrer geben.

Im Moment fehlen sie nämlich an bestimmten Schulen und für bestimmte Fächer.

Genügend gute Lehrer sind aber wichtig, damit alle Schüler gut lernen können.



Es wäre wichtiger, die Schulen mit Computern und Internet auszustatten.

Denn beides ist heute nötig, damit Kinder gut lernen können.

Und damit sie alles lernen, was sie für das Leben in der heutigen Zeit brauchen.



Es wäre wichtiger, Lehr-Pläne zu überarbeiten.

In Lehr-Plänen steht, was Kinder in der Schule lernen sollen.

Wenn man die Lehr-Pläne überarbeitet, könnte man schauen:

- Welche Themen kann man streichen?
- Welche neuen Themen kann man hinzufügen?

In den Lehr-Plänen sollen nur die wichtigsten Themen stehen. Dann haben die Schüler mehr Zeit, sich damit zu beschäftigen.

So könnten sie auch bessere Erfolge erzielen.

Kurz zusammengefasst

Durch das Start-Chancen-Programm sollen bestimmte Schulen mehr Geld bekommen.

Damit sollen die dafür sorgen, dass alle Schüler dieselben Möglichkeiten für eine gute Schul-Bildung haben.

Das Geld soll darum vor allem an Schulen gehen, an denen besonders viele Schüler Unterstützung brauchen.

Zusammen sollen die Schulen jedes Jahr 2 Milliarden Euro kriegen. Und das für die nächsten 10 Jahre. Also insgesamt 20 Milliarden Euro.

Mit dem Geld können die Schulen zum Beispiel ihre Räume verbessern.

Sie können eigene Ideen verwirklichen.

Sie können zusätzliche Mitarbeiter einstellen.

Und das alles mit dem Ziel, mehr Bildungs-Gerechtigkeit zu schaffen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh,
Bastian Ludwig, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / Westend61 / Fotoagentur WESTEND61. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 16-17/2024

Die nächste Ausgabe erscheint am 27. April 2024.